Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 136. Dienstag, den 14. Juni 1921. 28. Jahrgang.

Der lübsche Haushaltsplan für 1921.

II. **Streifzüge.**

In unserer allgemeinen Uebersicht haben wir bereits darauf verwiesen, daß die starke Anschwellung des Haushalts nicht zum wenigsten auf die starke Steigerung der persönlichen Ausgaben zurückzuführen ist. Daneben kommt aber ferner noch in Betracht, daß sich der Staat vor die Tatsache gestellt sah, eine ganze Reihe von neuen Aufgaben zu übernehmen, die erhebliche Mittel erfordern. Verschiedene Anstalten und Einrichtungen, die bisher fast einzig und allein vom Opfersinn der Bürger getragen wurden, sind infolge der starken Geldentwertung notleidend geworden und dem Staate blieb nichts anderes übrig, als helfend einzugreifen. Es sind zum Teil recht erhebliche Summen, die da in Frage kommen.

Zum ersten Male erscheint im neuen Haushalt das Presseamt oder vielmehr „Nachrichtenamt," wie sein offizieller Titel lautet. Es erfordert einen Aufwand an persönlichen und sachlichen Kosten von rund 50 000 Mark. Ob das Nachrichtenamt seinen Zweck erfüllt, darüber läßt sich vorläufig noch nichts Bestimmtes lagen. Es ist erst in seinem Aufbau, und überdies wird der Leiter des Amtes noch auf Wochen hinaus durch die Vorbereitungen für die Nordische Woche in Anspruch genommen. Erst in zwei bis drei Jahren wird man in Erwägungen darüber eintreten müssen, ob das Amt seinen Aufgabenkreis richtig gezogen hat und sich bezahlt macht.

Als Kosten für die Erneuerungswahlen der Bürgerschaft sind 4500 Mk. in dem Haushaltsplan eingesetzt. Insgesamt sind die Ausgaben für die Bürgerschaft mit 256 250 Mk. (109 700) ausgewiesen. Davon entfallen auf Druckkosten und Bekanntmachungen allein 130 000 Mk. Die Vergütung an die Bürgerschaftsmitglieder beträgt 40 600 Mark.

Da die Hanseatische Gesandtschaft in Berlin, welche die drei Hansestädte unterhielten, infolge des Konkurrenzneides zwischen Hamburg und Bremen aufgeflogen ist, ist Lübeck gezwungen gewesen, eine eigene Gesandtschaft zu errichten, was selbstverständlich eine ziemlich erhebliche Mehrausgabe erfordert. Die Gesandtschaft kostet den Lübecker Steuerzahlern 196 400 Mk. Nach der Abrechnung von 1919 kam man damals noch mit 20 315,79 Mk. aus. Erfreulich ist wenigstens das eine, daß der Staat in Herrn Dr. Meyer-Lürßen keinen Fehlgriff getan hat. Man muß zugeben, daß er mit unleugbarem diplomatischen Geschick und Festigkeit die Interessen Lübecks in Berlin vertritt, so daß sich die großen Ausgaben für die eigene Gesandtschaft immerhin bezahlt machen.

Das Hanseatische Oberlandesgericht, zu dessen Kosten Lübeck ein Zwölftel beiträgt, erfordert eine Ausgabe von 150 000 Mk. Die Beisitzer für das Gewerbegericht müssen endlich neugewählt werden. Die Kosten der Wahl (500 Mk.) sind bereits in den neuen Haushaltsplan eingesetzt. Das Militärversorgungsgericht, dessen Geschäfte sich erheblich vermehrt haben, macht eine Ausgabe von 31 200 Mk. erforderlich. Diese Last ist leicht zu tragen, da sie bis zum letzten Heller vom Reich erstattet wird.

Die elf Stadtgüter bringen dem Staate 135 984,99 Mark Einnahmen. Von dem Redner der sozialdemokratischen Fraktion war in einer der letzten Sitzungen der Bürgerschaft angeregt worden, die Pachtverträge aufzuheben, um durch Neuverpachtung größere Einnahmen zu erzielen. Leider ist dieser Weg nicht gangbar; denn auch der Staat ist verpflichtet, sofern er als Vertragspartner auftritt, die mit ihm abgeschlossenen Verträge zu halten, falls sich nicht aus dem Vertrage selbst eine Handhabe zu vorzeitiger Kündigung bietet. Man mag das beklagen, weil dadurch dem Staate größere Einnahmen verloren gehen, aber das läßt sich nun einmal nicht ändern. Durch einen gewaltsamen Eingriff würden dem Staate nicht nur gewaltige Ausgaben entstehen, sondern ein solches Verfahren würde auch zu einer schweren Erschütterung des gesamten Rechtslebens führen. Bei etwaigen Neuverpachtungen dürfte übrigens die Finanzbehörde schon von sich aus darauf sehen, daß höhere Pachtsummen herauskommen. Vermutlich wird man zu einem System übergehen, das unseres Wissens zuerst in Mecklenburg Anwendung gefunden hat. Es besteht darin, daß es an Stelle der starren Pacht ein Verfahren setzt, das es ermöglicht, daß der Staat als Verpächter bei größeren Erträgen auch einen größeren Nutzen zieht.

Die Forsten und Moore sollen 1 285 200 Mk. einbringen, denen eine Ausgabe von 804 686,14 Mk. gegenübersteht.

Schlechte Geschäfte macht der Staat mit der Militärverwaltung. Die Miete, welche der Reichsfiskus für die neue Kaserne St. Gertrud (Marli) bezahlt, beträgt nur 59 839,80 Mk., während der Staat für das Kasernengrundstück selbst 77 107,50 Mk. aufwenden muß. Ein ähnliches ungünstiges Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben besteht für das Regimentshaus, das Offizierskasino vor dem Hüxtertor. Der Militärfiskus zahlt eine Miete von nur 5900 Mk., während dem Staat selbst 14 200 Mk. Ausgaben erwachsen. Es dürfte zu prüfen sein, ob nicht der Militärfiskus anzuhalten ist, dem lübschen Staat wenigstens die eigenen Kosten zu ersetzen.

Nicht mehr so schlecht wie einst steht die Stadthalle zu Buche. Sie wirft neuerdings sogar einen kleinen Nutzen ab, nachdem es der Theaterbehörde, die das Grundstück verwaltet, gelungen ist, den Saalbau verhältnismäßig günstig an einen Kinounternehmer zu verpachten. 70 012,50 Mk. Einnahmen stehen 66 774,25 Mk. Ausgaben gegenüber. Hoffentlich ist es in absehbarer Zeit möglich, das ganze Etablissement vorteilhaft zu veräußern. Je eher es dem Staat gelingt, diesen Klotz am Bein los zu werden, desto besser.

Der Elbe-Trave-Kanal ist von der Geniner Brücke bis zu seiner Mündung in die Elbe in den Besitz des Reiches übergegangen. Für die abgetretene Strecke wird Lübeck rund 10 Millionen Mark erhalten. In den neuen Haushaltsplan sind als Entschädigung für die Uebertragung des Kanals auf das Reich 350 000 Mk. eingesetzt.

Die neueingerichtete staatliche Beschaffungsstelle erfordert einen Aufwand an persönlichen und sachlichen Kosten in Höhe von 54 000 Mk. Durch Umlage auf die beschafften Waren hofft man davon 46 890 Mk. wieder einzubringen.

Für den Ausbau des Wollmagazins zum Verwaltungsgebäude des Polizeiamtes ist gemäß Rat- und Bürgerschluß vom 23. Mai 1921 die erste Rate mit 500 000 Mk. eingesetzt.

Die Reinigung der Bedürfnisanstalten in der inneren Stadt und in den Vorstädten sowie ihrer Sielen erfordert nebst der Unterhaltung der Gebäude 60 000 Mk.

Ein recht kostspieliges Unternehmen ist die Priwallfähre. Das Fährgeld (75 000 Mk.) reicht nicht einmal hin, den Lohn der Fährleute (80 000 Mk.) zu decken, wozu dann noch kommt, daß für den Betrieb und die Unterhaltung dieser Fähre im laufenden Jahre sich 160 000 Mark notwendig machen, da eine Kette mit Trommeln und Achsen erneuert werden muß.

Für die Erneuerung eines Teiles des Fahrbelags der Herrenbrücke werden 120 000 Mk. verlangt. Es wird der Bürgerschaft ein besonderer Antrag zugehen.

Der neueingerichtete Zentral-Fischmarkt macht sich bezahlt. Einer Ausgabe von 318 226 Mk. steht eine Einnahme von 414 000 Mark gegenüber. V.

Deutschland, Frankreich, England.

Dr. L. Lübeck, 14. Juni.

Vor der Handelskammer von Manchester hat Winston Churchill vor einigen Tagen eine Meinung vorgetragen, die allgemeines Aufsehen erregt hat. Nicht nur in England, sondern auch in Deutschland und vor allem in Frankreich. Rückhaltlos wandte er sich gegen den Gedanken einer französisch-englischen Garantie-Allianz, da es nur eine Sicherung für den dauernden Weltfrieden, und nur ein Unterpfand für den wirtschaftlichen Wiederaufbau gebe: **die Zusammenarbeit zwischen England, Frankreich und Deutschland.**

Es war das nicht das erstemal, daß dieser Gedanke in England ausgesprochen und vertreten wurde. Keynes predigt ihn seit zwei Jahren seinen Landsleuten vor; Lansdowne und Baruch schlossen sich ihm an. Aber — irgend eine Wirkung auf die öffentliche Meinung oder auf die Regierung hat diese Ansicht der wenigen einsichtigen Theoretiker nicht ausgeübt; es war dies auch gar nicht möglich, solange der Friede nicht endgültig geworden war. Jetzt ist der Versailler Vertrag durch die Annahme des Ultimatums kaum unter Dach, und schon spricht ein hervoragendes Mitglied der englischen Regierung offen aus, was die genannten Volkswirtschaftler bisher vergeblich verkündigt hatten: **Ein Land ist am andern interessiert; der Zusammenbruch des einen zieht die Notlage des andern nach sich.**

Diese Erkenntnis ist den englischen Staatsmännern nicht etwa vom Himmel gekommen, auch nicht von Professoren eingeredet worde. Die natürliche Entwicklung hat ihren Zwang geltend gemacht und auch die Widerstrebenden auf die Tatsache gestoßen, daß man nicht ungestraft ein Land im Wirtschaftsverband der Nationen versklaven kann. Müßten doch alle anderen Nationen im Konkurrenzkampf allmählich auf die Stufe der versklavten herabsinken geleitet von Geschäftsstockungen und Arbeitslosigkeit.

Nur die nationalistische Verblendung konnte eine volkswirtschaftliche Selbstverständlichkeit übersehen, die Karl Marx vor 50 Jahren in ihren Grundlagen enthüllt hat und die schon vor Jahrzehnten von dem liberal-sozialistischen Nationalökonomen Oppenheimer ausdrücklich formuliert und vertreten wurde. Militaristen und Nationalisten sehen auch in England nicht über den Bereich ihrer Kommandorufe hinaus; und auch dort haben sie selten darüber nachgedacht, was da kommt, wo ihre Nasenspitze aufhört.

Es galt also, den unnatürlichen Einfluß des engstirnigen Nationalismus zu verringern, und, zuerst in England, der einfachen Vernunft zu ihrem Recht zu verhelfen. Das mußte das Ziel jeder überlegenen deutschen Politik sein. Die Annahme des Ultimatums war dazu der erste Schritt, die darauffolgende Haltung des deutschen Reichskanzlers in der oberschlesischen Frage und zu den Kriegsverbrecherprozessen die einzig mögliche und richtige Fortsetzung zur allmählichen Kaltstellung der Hetzer hüben und drüben. Drei Wochen ehrlicher Erfüllungs- und Abrüstungsbereitschaft haben dem deutschen Volke mehr genützt, als die ganze zweijährige Stöhn- und Schimpfpolitik seit Versailles. Die Segel der Tardieu und Daudet, der Foch und Castelnau hängen schlaff an den Masten französischer Wirtschaftsnot, seitdem der nationalistische Wind aus Deutschland endgültig ausbleibt. Und in England bekommen Männer mehr und mehr Oberwasser, die vor vier Wochen noch als krankhafte Deutschfreunde allgemein verschrien und mißachtet waren.

Mehr als ein Anfang, der schwache Anfang einer ehrlichen Verständigung ist das alles nicht. Nur langsam kann die Besserung vor sich gehen auf einem Pfade, der überall an den Steinen und den Dornen des Kriegshasses und der Kriegsfolgen vorbeiführt. Nur die Zeit kann endgültige und völlige Heilung bringen. Geben wir uns Mühe, das nicht wieder zu verderben, was sie schrittweise gut gemacht hat!

Es ist zu hoffen, daß Wirths Einsicht an der gefährlichen Klippe der gegenwärtigen nationalistischen Hetze anläßlich der Kriegsverbrecherprozesse vorbeisteuern wird. Wenn zurzeit jeder dumme Junge nach der sogenannten Gegenliste schreit, so möchten wir uns die Frage erlauben, was sie uns jetzt nützen kann. Glaubt wirklich jemand, daß das siegreiche Frankreich seine Offiziere vor ein Gericht stellen wird? Hätte Ludendorff das vielleicht getan? Und haben wir irgend ein Mittel, auf Frankreich einen Druck auszuüben? Es ist nie sehr geschmackvoll, mit dem Säbel zu rasseln, völlig lächerlich aber wirkt ein solches Manöver, wenn man gar keinen Säbel hat. Und das andere Hindernis, das sich Wirth jetzt in den Weg zu stellen droht, **die bayrische Auflehnung gegen die Reichsregierung,** muß entschieden unterdrückt und entfernt werden, soll das deutsche Volk nicht wieder mit einem Schlage um die ganzen Früchte der vernünftigen Politik der letzten Macht betrogen werden.

Gestalten wir unsere Politik für die nächsten Jahre so einfach und so klar als möglich; enthalten wir uns aller spitzfindigen Winkelzüge und beschränken wir uns darauf, mit ganzer Kraft offen und unzweideutig unsere Verpflichtungen

Die Tagung des Obersten Rates Ende Juni?

TU. Paris, 14. Juni.

Obwohl noch kein Datum für die Tagung des Obersten Rates festgesetzt worden ist, rechnet man doch mit der Möglichkeit, daß diese nicht vor Ende dieses Monats stattfinden wird, vorausgesetzt, daß die Ordnung in Oberschlesien innerhalb acht Tagen wieder hergestellt ist, und daß die Ereignisse im Orient den Regierungen gestatten, eine gemeinsame Politik zu diesem Zeitpunkt festzusetzen.

Aenderung der Reparationszahlungen.

Haag, 14. Juni.

Die „Times" melden, daß an der Londoner Börse Gerüchte über eine neue Aenderung der Zahlungsform der deutschen Reparationen kursieren, um plötzliche und gewaltsame Schwankungen auf den Wechselmarkt, wie sie durch die deutschen Reparationsdollarankäufe erfolgt sind, zu vermeiden. Der Devisenmarkt habe keinen günstigen Eindruck von der jetzigen Regelung.

Für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

London, 14. Juni.

Bei der Jahresversammlung der Liga der Nationen wurde mit großer Mehrheit eine Entschließung angenommen, die den Wunsch nach Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zum Ausdruck bringt. Die Union wird in kurzer Zeit eine große internationale Demonstration in London abhalten. Die englische Nation hat eine deutsche Abteilung gebildet zum Studium der Deutschland betreffenden Verhältnisse.

zu erfüllen. Auf diese Weise dienen wir in erster Linie uns, und erst in zweiter Linie der Gesundung der Weltbeziehungen. Auf diese Weise entziehen wir auch, wie die Rede Churchills zeigt, dem unnatürlichen Block zwischen Frankreich und England den Boden. Und wir zwingen dadurch Frankreich — wer französische Zeitungen liest, fühlt das jeden Tag —, seine Politik gegen Deutschland von der Bahn des Räubers und Abenteurers abzulenken, um auf dem Kontinent zu einer erträglichen Konstellation zu kommen.

Wir dienen dadurch auch am besten dem unglücklichen Oberschlesien. Wer das Recht auf seiner Seite hat, der schadet sich immer, wenn er die Gewalt anruft. Ganz abgesehen davon, daß sowohl Warschau als auch weite Kreise in Paris auf deutsche Uebergriffe und Unbesonnenheiten geradezu lauern.

Auch im Unglück kann ein Volk Stärke zeigen. Wenn es auch dann nicht mehr sein will, als seiner Stellung entspricht. Spielt doch eine Nation außenpolitisch nicht die Rolle, die sie spielen will, sondern nur die, die Bedeutung und Lage ihr zwingend vorschreiben. Nach der Annahme des Ultimatums ist die aktive Beteiligung Deutschlands an der Weltpolitik für die nächsten Jahre beendigt.

Die Volksbewegung in Bayern.

Die Beisetzung von Gareis.

München, den 14. Juni.

TU. (Berl. Tagebl.). **Zu der Beisetzung des Abg. Gareis hatten sich am Nachmittag trotz des Regenwetters Tausende am Ostfriedhof eingefunden. Reichstagsabgeordneter Ledebour führte aus, daß Gareis ein weiteres Glied in der Reihe der sozialistischen Blutopfer sei. Die Ermordung ihres Führers habe die Arbeiterschaft nicht eingeschüchtert. Mehrere Züge die mit Fackeln zurückkehrten, wurden an der Iserbrücke von der Polizei aufgelöst, so daß die Menge nur in kleineren Gruppen in das Stadtinnere gelangte. Der Straßenbahnverkehr ruhte von 3—7 Uhr vollständig. Die Iserbrücke war von der Landespolizei mit Panzerautos und Drahtverhauen verstärkt. Die Kommunisten arbeiteten auch während der Trauerfeier mit Flugblättern und verbreiteten diese auf den Straßen vor dem Friedhof, in denen die Arbeiter aufgefordert werden, den Streik und den Kampf mit allen Mitteln bis zur Beendigung der Blut- und Schandregierung Kahr fortzusetzen.**

TU. München, 14. Juni. (Vorwärts). Bei der Beisetzungsfeier für Gareis gab Hierl, ein Freund des Toten, ein Bild von dem Entschlafenen. Als rastlosen Arbeiter und edlen Charakter, als Vertreter der unabhängigen Fraktion des Landtages beklagte Redakteur Neumann den Verlust für die Partei. Darauf nahm, wie schon kurz erwähnt, Reichstagsabgeordneter Ledebour im Namen der Reichsleitung der U. S. P. D. das Wort.

Ganz Bayern im Streik.

München, 13. Juni. Der Streik dauert hier in unverminderter Stärke fort, er hat sich auf ganz Bayern ausgedehnt. Heute nachmittag werden auch die Straßenbahnen den Betrieb einstellen.

Die „Münchener Post" soll unter Vorzensur gestellt werden. Pöhner hat seine Leute nach der Redaktion geschickt und die Vorlegung der Plattenabzüge verlangt, bevor Druckerlaubnis erteilt wird. Die Redaktion erklärt, sich dieser Anordnung nicht fügen zu wollen, bleibt sie bestehen, so wird die „Münchener Post" heute nicht erscheinen.

Zur Teilnahme an der Bestattung des ermordeten Abgeordneten Gareis wollten sich heute die Arbeiter auf der Theresienwiese versammeln, um sich von dort in geordnetem Zuge nach dem Ort der Beisetzung, dem Ostfriedhof, zu begeben. Auch diese Kundgebung ist von Pöhner verboten worden. Man wird sich daher in geschlossenen Lokalen versammeln und von dort gruppenweise nach dem Friedhof zu ziehen.

Die polizeilichen Vorbereitungen sind enorm und gegen den Sonnabend womöglich noch verstärkt worden. Die sozialdemokratische Parteileitung wird daher alles aufbieten, damit die heutige Trauerkundgebung in veränderten Formen ruhig und in aller Würde verläuft.

*

Wie aber auch die Dinge in Bayern sich entwickeln mögen, eines ist jetzt schon sicher: die Reichsregierung wird sich mit den Münchener Zuständen zu befassen haben. Die Interpellation der Unabhängigen, die wir bereits gestern gebracht haben, wird den Reichstag zwingen, Stellung zu der Regierung Kahr zu nehmen. Angesichts der einigen sozialistischen Parole: Fort mit Kahr! wird Wirth keinen leichten Stand haben. Besonders sein Verhältnis zu den Unabhängigen, das zu allerlei Hoffnungen für die Zukunft berechtigte, wird eine schwere Belastungsprobe zu bestehen haben.

Wirths Stand wird keinesfalls leicht sein, denn ein ausgesprochenes Zwangsmittel gegen bayrische Widerspenstigkeit steht ihm kaum zur Verfügung. Immerhin ist zu hoffen, daß Reichstag und Reichsregierung in der Ablehnung der Münchener Zustände so einig sein werden, daß eine Krisendrohung für die kaum zustande gebrachte Regierungsmehrheit nicht in Frage kommen dürfte.

Die Lage in Oberschlesien.

E. Breslau, 13. Juni. (Drahtbericht.)

Zwischen den deutschen Selbstschutz und die polnischen Linien sind stellenweise interalliierte Truppen geschoben, die Kampfhandlungen verhindern. Innerhalb des deutschen Selbstschutzes herrscht darüber Unmut, weil man an die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung auf diese Weise nicht glaubt. **Bemerkenswert ist, daß die Engländer den Selbschutz teilweise durch die Aushändigung von Waffen unterstützen.** Dagegen aber andere englische Truppen polnische Gefangene, die vom deutschen Selbstschutz eingebracht waren, wieder frei geben. So wurden erst vor wenigen Tagen 70 bewaffnete Polen, die von Deutschen bei Kreuzburg gefangen genommen waren, von den Engländern samt den Waffen wieder entlassen. Die Bevölkerung in den bestreiten Gebieten ist äußerst pessimistisch, da sie wenig Hoffnung auf ein Durchgreifen der interalliierten Kommission hat. Ueber die Gemeinschaft zwischen Polen und Franzosen bestehen keine Zweifel. Auf einer Fahrt von Oppeln nach Kosel sieht man noch jetzt Spuren der von Polen gegen deutsche Bewohner verübten Gewaltakte. Im Rückzuge bedrängt, hatten die Polen in dem angegebenen Gebiet sämtliche Brücken und Stege gesprengt. Der Sachschaden beträgt Millionen. Die Domänen und Privatgüter wurden des Viehes und aller Pferde beraubt. Angehörige des deutschen Selbstschutzes und deutsche Abteilungsleiter wurden bestialisch behandelt. In Slawentitz wurden am Mittwoch vier deutsche, oberflächlich begrabene Leichen vorgefunden.

Die Lage an der Front bestätigt die Mitteilungen über die Absicht, den Aufstand zu liquidieren. Die interalliierte Kommission beabsichtigt, die Räumung am 20. Juni vorzunehmen. Sowohl die Polen, wie der deutsche Selbstschutz sollen das von den Ententetruppen zu besetzende Gebiet räumen. — **Die Gewerkschaften und die politischen Parteien haben aber der interalliierten Kommission mitgeteilt, daß die Auflösung des deutschen Selbstschutzes erst in Frage komme, wenn der Aufstand restlos und wirksam niedergezwungen und Leben und Eigentum der oberschlesischen Bevölkerung sichergestellt sind. Sodann wird gefordert, tatsächliche Entwaffnung der Aufständischen, Ausweisung der Kongreßpolen und Sperrung der Grenze gegen Polen.** Ferner wird eine zentral geleitete polnische Truppe aus einwandfreien Leuten verlangt. Diese Forderung ist um so wichtiger, als die seinerzeit gebildete Abstimmungspolizei durch die polnischen Mitglieder zur Kerntruppe der Aufständischen geworden ist und zu dem Umfang des Aufstandes wesentlich beigetragen hat.

Gewaltanwendung.

TU. London, 14. Juni.

Der italienische General de Martini hat infolge des britischen Ersuchens von der Regierung in Rom Auftrag erhalten, in Oberschlesien Gewalt anzuwenden, wenn dies nötig sein sollte. Die französische Regierung hat das englische Ersuchen ebenfalls wohlwollend in Erwägung gezogen.

Verhandlungen.

Nach Meldungen aus Oppeln, Paris und London, die also vermutlich von der Interalliierten Kommission ausgehen, haben in dem kleinen Orte Blotnitz im Kreise Rosenberg **Verhandlungen zwischen der Interalliierten Kommission, den Leitern des polnischen Aufstandes und den Führern des deutschen Selbstschutzes stattgefunden.** Die Interalliierte Kommission wünschte, daß die Polen und der deutsche Selbstschutz gleichzeitig das Abstimmungsgebiet räumen sollen.

Der deutsche Selbstschutz verhielt sich ablehnend, weil er befürchtet, daß die Interalliierte Kommission zwar den deutschen Rückmarsch, aber nicht auch den Abmarsch der Polen erzwingen werde, so daß dann Leben und Eigentum der Deutschen erneut dem Terror Polens ausgesetzt wären. Erst wenn der Rechtszustand wiederhergestellt ist, werde der Zwölfer-Ausschuß den Selbstschutz auflösen, und zwar erst dann, wenn die Aufrührer tatsächlich entwaffnet und wenn die polnischen Banden aus Oberschlesien entfernt sein werden. Außerdem wurde von deutscher Seite als Vorbedingung eine wirksame und lückenlose Sperrung der polnischen Grenze gefordert sowie die Errichtung einer wirklich zuverlässigen Polizeitruppe.

Darnach hat die Interalliierte Kommission einen neuen Vorschlag gemacht, und zwar sollten die Polen die von ihnen besetzten Gebiete der Interalliierten Kommission in den Tagen vom 10. bis 20. Juni übergeben, während der deutsche Selbstschutz das gleiche vom 13. bis 20. Juni tun sollte. Diesen Vorschlag lehnten die Polen ab. Sie wollten nur gleichzeitig mit den Deutschen räumen. **Unter der Bedingung der gleichzeitigen Räumung haben die Polen das Abkommen angenommen, wollen aber ihre Unterschrift zurückziehen, wenn die Deutschen nicht auch unterschreiben.**

Das „amtliche" Bayern.

Der „Miesbacher Anzeiger", das amtliche Organ der Regierung Kahr, bringt in seiner eben eingetroffenen Nummer vom 10. Juni 1921 folgenden Leitartikel:

„Ein Loch vor, eines zurück. Zurzeit steckt der Jud von Hauen wir ihn nicht bald auf's Bratzl, steckt er noch einigemal vor. Erwischen wir ihn nicht bald bei den Löffeln und beuteln ihn ab, daß ihm die Frechheit in die Hose rutscht, wird es zu spät sein.

Ean Jud Gradnauer, und was für a Jüd, Doktor ist er der Rechte und auch sonst der Rechte für Neu-Daitschland, Minister ist er auch in der Banknotenfälscher-Republik, der Jüd Gradnauer hat bekantlich als Entwaffnungsdiktator das Rundschreiben an die Regierungen der Einzelländer unterzeichnet. Was das heißt? Nichts, als daß Jüdle Gradnauer regiert, und wer nicht pariert, wird von ihm und den anderen drei Berliner Regierungsbeschnittenen massakriert und geschächtet.

Und der Nichtjude, aber deshalb nicht Nichtbessere, der Geßler, des langen Noske putzhaderglitschriger Nachfolger, steht fest zur daitschen Regierungs-Bundeslade. Auch er steckt ein Loch vor und verbietet den „Miesbacher Anzeiger" für die deutsche Reichswehr. Unsere Achtung! Er hatte sie zwar schon vorher, aber jetzt steigt sie immerhin noch um Verschiedenes. Wegen Gefährdung der Reichseinheit müßten zu allererst die Geßler, Rathenau, Schiffer, Gradnauer und die anderen Regierungs-Teiteles verboten werden. Jawohl, wegen Gefährdung der Reichseinheit. Der Berliner Saustall gefährdet die Reichseinheit — nicht wir, die wir nichts anderes tun, als daß wir dann und wann einen der größeren Bären aus dem Regierungsverschlag in die Auslage stellen.

Mausmüller.

Von Max Jungnickel.

Mausmüller war Schreiber beim Bürgermeister. Er schrieb für einen Hungerlohn. Manchmal, wenn er schrieb, da war's ihm, als ob die Steuerquittungen anfingen zu singen. Und einmal schrieb er eine Bekanntmachung des Magistrats. Und die Bekanntmachung war wie ein singender, halbbetrunkener Bürgermeister, der sich eine Rose ins Knopfloch gesteckt hat. Die Bekanntmachung guckte von allen Straßenecken auf die Bürger herab, und die Bürger lachten. Da wurde der Magistrat fuchtig und sagte: „Mausmüller, hier, in Saxdorf, werden keine Gedichte gemacht. Entweder klaren Magistratsstil oder — raus." — — Von der Zeit an schrieb er, wie alle Magistratsbeamten schreiben.

Aber vom vielen Schreiben wurden ihm die Augen trübe. Das Licht war schlecht in der Bürgermeisterstube. Er wollte sich so gerne verheiraten, machte Ueberstunden; und nach einem Jahre war der Mausmüller blind.

*

Der Bürgermeister von Saxdorf schenkte ihm eine Orgel und verlieh ihm gleichzeitig allergnädigst durch Urkunde vom Regierungspräsidenten das Privilegium, ungehindert in der Stadt zu spielen, wo immer es ihm beliebte.

Nun war er ganz arm. Nur der neue orgelnde Kasten, der neben ihm stand, schleppte ihn fleißig durch Saxdorf, alle Tage. Freude sang der Kasten. Er deckte ihm den Tisch und machte ihn wieder ein bißchen froh.

Eines Tages, als Mausmüller den Frühling fühlte, entsann er sich, daß er damals, vor zehn Jahren, Reime gemacht hatte. Er versuchte, und es ging wieder. Der Lehrer von Saxdorf schrieb sie ihm auf, richtete sie zum Absingen ein und Mausmüller und die Orgel sangen dazu. Die Kinder standen um ihn herum und pfiffen:

„Mausmüller kimmt, Mausmüller kimmt,
Mausmüller is schon do."

Und der Mausmüller stand da mit einem schiefen Lächeln im bartlosen Gesicht. Um seine wollene, blaue Schirmmütze kicherte es wie Kasperstimmen aus dem Frühlingswind.

Der Orgelkasten sehnte sich nach einer Geige. Der Mausmüller wir Ende der Dreißiger und sehnte sich nach einer Frau. Und er bekam auch eine. Elisabeth hieß sie, war eine geborene Frosch und stammte auch aus Saxdorf. Sie war lange Zeit beim Bürgermeister Dienstmagd gewesen und hatte Mausmüller damals, als er noch lustige Augen hatte, schon mächtig in ihr Herz geschlossen. Und jetzt, wo er sogar ein Dichter war, zog sie mit ihm hierfahrend.

*

Auf ein ziegenbockartiges Ungestüm wurde die Orgel gestellt. Liesbeth wickelte das Paket auf mit den Mausmüllerliedern. Mausmüller nahm zärtlich, aus blauem Kattunüberzug, die Geige, stemmte sie mit der rechten Hand gegen Brust und Leib, fiedelte und sang. Liesbeth drehte die Orgel, musierte die Zuhörer und sang. Als das Konzert verraucht war, streckte Mausmüller seinen Hals, öffnete weit den Mund, nahm vorsichtig ein Klümpchen Kautabak aus dem Munde, legte ihn behutsam auf die Orgel, räusperte sich und niestete. Die Elisabeth putzte ihm mit einem rotgeblümten Schnupftuch Nase und Mund ab.

Dann ging die Orgel wieder. Greulich, rauh fiel der Gesang zwischen die Töne. Die Geige fiel ein. Und nun balgten sich die Töne untereinander, die Orgel-, Geigen- und Liedertöne. Und sie schoben sich und sie drängten sich, dann tanzten sie und miauten wie alte Katzen. In den Blechteiler auf der Orgel sprangen die Groschenstücke. — Liesbeth hielt inne. Mausmüller geigte, sang und schrie weiter. Liesbeth riß ihm die Mütze vom Kopf und schwenkte sie jubelnd durch die Luft. Noch einmal balgten sich kreischend die Töne, dann röchelten sie und dann starben sie.

*

Mausmüller wohnte mit seiner Liesbeth beim Zigarrenmacher Eichert, draußen, abgelegen. Wenn man aus der Tür heraustrat, dann lächelte Saxdorf und schmeichelte sich treu und tief in die Augen hinein. Und wenn die Vogelnester, eingehüllt in Schlaf, im Lächeln der tausend Sterne hingen, gings nach Hause. Daheim gab's aufgewärmten Kaffee und ein Stück Brot dazu. Liesbeth zählte gierig die erjungenen Groschen und dann krochen beide ins einzige Bett.

*

Um Mitternacht wachte der Mausmüller auf: „Liesbeth, steh' uff, mach' Licht an, — — Es kimmt mer Eener, es kimmt mer e Jedanke — —" Schlaftrunken und fluchend stand Liesbeth auf, zog sich schnell den Unterock an, rannte zum Tisch und schrieb die Reime auf, die schwerfällig, verrückt und wunderlich unter der Bettdecke hervorkrochen:

"Elisabeth, — ich muß Abschied nehmen — —
„Wein mir nicht gar so viel —."
„Redd langsamer, ich kumm nich mehr mit!" schrie Liesbeth dazwischen.
„Und — nimm — dich — doch — zusammen,
Es — steht — ja — nichts — auf — dem Spiel —".
„Willste wull heern, — langsamer, soete ich!" schrie Liesbeth wieder.
„Auf — den —Mund — und — auf — die —Backe,
Geb' — ich — dir — — einen — Kuß — recht — — grad.
Ich — zieh' — jetzt — fort, — lieb' — Schätzchen,
Mit der Hand an der Hosennaht."

Und als das Gedicht fertig war, da wußten es am nächsten Tage zuerst die Orgel, dann die Geige und dann ganz Saxdorf.

*

Aber die Zeit ging. Mausmüller wurde wie sein Name; grau und krumm. Und Liesbeth auch.

Die Reime wollten nicht mehr kommen. An jedem Sonnabend stand ganz Saxdorf feingewaschen und sehnte sich nach einem neuen Mausmüllerlied.

*

Freitags, wenn Mausmüller im Bette lag, machte die Liesbeth einen halben Waschkessel voll von starkem Lindenblütentee. Alle Decken und Kissen, die in der Stube waren, stopfte sie ihm ins Bett, und nun mußte er den Lindenblütentee trinken. Er schwitzte von innen und triefte von außen. Die Verse wollten nicht kommen. — — Endlich — — Endlich — — Endlich — — zappelten sie schwerfällig unter der Bettdecke hervor. Mausmüller schwitzte, ihm wurde schwül. Die Verse quälten seinen Kopf und seinen Leib, und Liesbeth schrieb und kritzelte und lächelte höhnisch dazu.

*

So kamen die Jahre, lieber Mausmüller.

Deine Schulkameraden saßen längst daheim auf der Ofenbank, ein Enkelkind auf den Knien schaukelnd.

Die Herzen deiner Schulkameraden waren wie der Hexdrauch, der heimatwarm in die Sterne steigt.

Aber du, Mausmüller, du standest in Schnee und Sonnenschein mit deinen verrückten Liedern an den Straßen.

Manchmal war's, wenn die Kinder um dich herumtanzten, als wollte geisterfein ein Lächeln aufhüpfen in deinem faltigen, grauen Gesicht. Aber das Lächeln konnte nicht aufblühen. Die Falten waren ja zu groß und zu tief. Aber wenn das Lächeln trotzdem über die Falten springen wollte, leuchtend, strahlend, dann kam der Wind und blies dich um, oder deine Liesbeth stieß dich, und da bist du wieder ganz grau geworden.

So kamen die Jahre, lieber Mausmüller.

*

Ein gewisser Gradewert, ein vierzigjähriger Straßensänger, tauchte plötzlich in Saxdorf auf. Liesbeth, die 30 Jahre mit dem blinden Mausmüller versungen hatte, und des Alten nun schon lange überdrüssig war, befreundete sich mit diesem Gradewert. Eines Tages war sie mit dem Leierkasten verschwunden. Den Gradewert hat auch keiner mehr in Saxdorf gesehen.

*

Es war an einem Januarabend.

Der Winter kam. Ganz Saxdorf roch nach frischem Kaffee. Der Steuereinnehmer hatte Geburtstag. Seine drei, vier Freunde wollten mit ihm recht lustig sein. Der Mausmüller sollte dazu singen und Musik machen. Der Steuereinnehmer machte sich auf den Weg, den Mausmüller zu holen. Er fand ihn in seiner Stube, draußen, beim Zigarrenmacher Eichert. Verwildert, eiskalt war die Mausmüllerstube. Stockdunkel. Ein Geruch von Elend und Hunger und verfaultem Stroh faßte und krallte den Steuereinnehmer an. Er riß die Fensterläden auf. Die zerschlagenen Fensterscheiben waren mit Zeitungspapier überklebt. Kahl, abgebröckelt die Wände. Hinterm eiskalten Ofen, zahnklappernd, zerrissen, der Mausmüller. Der Steuereinnehmer stand da: das Herz tat ihm weh. Er konnte seinen lustigen Auftrag nicht über die Lippen bekommen. Er fragte ihn nach seiner Geige und seinen Liedern. Da lächelte der Mausmüller und schlief ein.

Am Morgen fühlte er in seiner Hand mehrere Geldstücke. Die Frau des Zigarrenmachers kam und brachte ein Bündel nassen Reisig aus dem Wald. „Eicherten", sagte der Mausmüller, „Eicherten", is das richtjes Geld? — — He? — —". Als die „Ja" sagte, da schüttelte er den Kopf und weinte in sich hinein: —— „Denn — wor's — doch — kee Troom."

*

Als er am Mittwoch starb, ging einer durch Saxdorf über den Schnee, barfuß, im windigen Mantel. — —

Es war der Heiland.

Und er fragte nach dem Leierkastenmann Mausmüller.

Der Reichswirth, nicht der Schnapsler Ebert, sondern der Reichskanzler Wirth, hat sich vorgestern mit einem französischen Zeitungsschreiber unterhalten, und deutsche Zeitungsschreiber übermitteln diese hundertzeilige Unterhaltung dem deutschen Volke. Uns interessiert nur eine Stelle aus dieser Unterhaltung und die lautet: (folgt Zitat, Red.)

So siehste, liebster Reichskanzler, waste für ne Macht hast. — Zum Ne den reicht's noch, aber für die bayrischen Bauern reicht's schon nicht mehr! Da ist das Geßlerchen doch was anderes, bei dem reicht's wenigstens zu einem Verbot des „Miesbacher Anzeigers" bei der Reichswehr — und zu einer Unterhaltung im Eisenbahnkupee zweiter Klasse mit Vater Auer — was man nachher ableugnet.

Ja, ja: ein Loch voraus, aber es werden jetzt schon viele Löcher im Deutschen Reiche, die es weit nach vorne und nach oben gebracht haben, leider sind es aber fast immer hintere, die wir an der Spitze sehen und bewundern.

Wir sind fest überzeugt, daß kein Staatsanwalt in ganz Bayern wegen dieses Artikels Anklage erheben wird.

Vor dem Ende des englischen Bergarbeiterstreiks.

Der bereits 10 Wochen dauernde Bergarbeiterstreik in England soll jetzt durch Vermittlung der Regierung beigelegt werden. Das neueste Angebot der Arbeitgeber, das dem Streik ein Ende machen soll, schlägt einen Mindestlohn in der Höhe der Vorkriegslöhne plus 20 % vor. Weiter soll das Verhältnis zwischen dem Anteil der Arbeiter und dem der Arbeitgeber am Reingewinn auf 83 : 17 erhöht werden. Weder die Regierung noch die englischen Bergarbeiter haben zu diesem neuesten Vorschlage bisher Stellung genommen.

Die lange Ausdehnung des Streiks muß selbstverständlich eine Steigerung der Arbeitslosenzahl mit sich bringen. Ende des vorigen Monats waren in ganz England 2 147 000 Personen arbeitslos gemeldet, wozu noch 1 200 000 Bergarbeiter und 600 000 Baumwollarbeiter kommen. Es wird damit gerechnet, daß sich diese außergewöhnliche Erwerbslosenzahl noch um 1½ Millionen Metallarbeiter in den nächsten Tagen erhöhen wird. Da man annimmt, daß die Verhandlungen mit den 270 000 Arbeitern der Wollbranche ergebnislos verlaufen, wird die Gesamtzahl der englischen Arbeitslosen bald 5¾ Millionen Personen betragen, wobei noch in Betracht gezogen werden muß, daß es außerdem schon heute 1¼ Millionen Arbeiter gibt, die nur halbe Tage beschäftigt sind. Diese Statistik offenbart klar die augenblickliche Wirtschaftslage in England. Trotz dieser Situation scheint man aber noch nicht zu der Einsicht gekommen zu sein, daß die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland, die letzten Endes eine Störung des europäischen Wirtschaftsleben bedeuten, unbedingt aufgehoben werden müssen.

Parteispaltung auch in Belgien.

In Brüssel ist nunmehr die Spaltung der belgischen Arbeiterpartei, die seit zwei Jahren drohte, vollzogen worden. Der linke Flügel, der über ein eigenes Organ „L'Exploite" („Der Ausgebeutete") verfügte und sich in einer Gruppe, die sich „Exploite" nannte, zusammengetan hat, hat in einer Versammlung fast einstimmig beschlossen, aus der alten Partei auszutreten und eine Kommunistische Partei zu gründen, die gegenwärtig etwa 1000 eingeschriebene Mitglieder, meist in Brüssel, zählen soll. Schon in der Gründungssitzung waren sich die Führer über die einzuschlagende Taktik nicht ganz im klaren; während der Hauptreferent Massart den sofortigen Anschluß an die Dritte Internationale befürwortete, wollte der bisherige Führer der radikalen Richtung Jacquemotte noch etwas abwarten.

Diese Absplitterungsbewegung, deren Bedeutung übrigens nicht allzugroß ist, ist lediglich eine Folge der Haltung des rechten Flügels der Sozialistischen Partei und des Zentralorgans „Peuble" seit Kriegsende. Hätte die Richtung der Brouckere-Huysmans stets die Oberhand behalten, dann würde auch diese Prüfung den belgischen Genossen erspart geblieben sein.

Verhandlungen zwischen Loucheur und Rathenau.

Paris, 13. Juni.

Wie der „Petit Parisien" aus Mainz berichtet, fand gestern in Wiesbaden eine Begegnung zwischen Loucheur und Rathenau statt. Er bemerkt, daß diese Begegnung den alliierten Regierungen mitgeteilt wurde und daß bei derselben weder über die oberschlesische Frage, noch über die Sanktionen am Rhein gesprochen wurde.

Die Unterhaltung dauerte insgesamt 5½ Stunden. Zweimal versuchte Rathenau das oberschlesische Problem anzuschneiden. Er wollte darlegen, daß diese Frage wirtschaftlichen Charakter habe. Wenn das Industriegebiet von Oberschlesien Polen zufiele, so würde Deutschland einen Kohlenmangel haben. Loucheur ließ sich nach dem „Petit Parisien" nicht auf dieses Gebiet hinüberführen und er erinnerte Rathenau an die Bestimmung des Versailler Friedensvertrages, der Deutschland 15 Jahre hindurch die oberschlesische Kohlenlieferung durch Polen sichere. Zudem sei dies eine politische Frage, und er habe nicht die Aufgabe, über solche zu verhandeln.

Rathenau wandte sich dann als erstem Beratungsgegenstande der 26prozentigen Ausfuhrabgabe zu. Er konnte noch keinen festen Vorschlag auf Abänderung dieses Index machen, doch teilte er Loucheur mit, daß er dem System von London das Pariser System vorziehen würde, bei welchem die festen Jahresraten höher wären. Außerdem wünscht Rathenau, daß das System der Schuldverschreibung, wie es in London beschlossen wurde, durch ein anderes ersetzt werde, wonach Deutschland selbst Anleihen auf den Weltmarkt begeben könnte. Loucheur gab ihm zu verstehen, daß Deutschland sich nicht die Hoffnung machen dürfe, derartige Anleihen würden von den Alliierten garantiert werden.

Rathenau erörterte sodann ausführlich die Naturalleistungen, indem er darauf hinwies, daß bei der gegenwärtigen Valuta dies für Frankreich wie für Deutschland Leben und Tod sei. Loucheur wies Rathenau auf die großen Schwierigkeiten hin, die bei den Naturallieferungen zu überwinden seien. Insbesondere drang er darauf, daß derartige Lieferungen nicht im gleichen Jahre gezahlt werden, in dem sie erfolgen, sondern wie dies bei der Industrie allgemein üblich ist, daß die Bezahlung auf mehrere Jahre verteilt würde. Die Besprechung wandte sich dann der Frage der Holzhäuser zu, wobei Loucheur darauf drang, daß der Preis für diese vermindert werde.

Einem Vertreter des „Matin" in Wiesbaden gegenüber äußerte sich Loucheur selbst über die Unterredung mit Rathenau. Wir sind auf dem Gebiet der Allgemeinheiten verblieben. Gegenwärtig kann ich nur sagen, daß ich in Rathenau, den ich zum ersten Male gesprochen habe, einen Menschen fand, der von den besten Absichten beseelt ist, und der den deutlichen Willen hat, zu bekunden, daß die Unterschrift Deutschlands von diesem respektiert werden muß.

Avignon.

Von Willy Meyer, Hauptmann a. D.

Am linken Ufer der Rhone, etwa zwei Tagesmärsche von den Gestaden des Mittelländischen Meeres entfernt, liegt das alte, ungefähr 50 000 Seelen beherbergende Städtchen Avignon.

Im 14. Jahrhundert war es dadurch berühmt, daß seine Mauern die Residenz der Päpste umschlossen. Jetzt kennt man es als Sitz bestrafter deutscher Kriegsgefangener. Werden doch dort noch immer 115 deutsche Feldgraue zurückgehalten! Ihr Verbrechen war ihre Freiheitsliebe, ihr Drang nach Hause, ihre Sehnsucht nach Weib und Kind, ihr gefoltertes Nervensystem, das einmal seinen Dienst versagte.

Der Krieg war zu Ende. Die Hoffnung erwachte. Freundliche Bilder umgaukelten den trüben Sinn des gefangenen Kriegers. Der Rücktransport ins langersehnte Vaterland, nun mußte er kommen! Heute, morgen, in acht Tagen! Nun mußte der Tag anbrechen, der das ganze Denken seit Beginn der Gefangenschaft erfüllt hatte. Die von Deutschland gefangen Gemachten rollten ja schon auf den Schienen.

Woche vergeht um Woche, Monat reiht sich an Monat. Dem Sommer folgt der Herbst. Die Gefangenen Englands, Amerikas und Belgiens . . . sie sind schon in Erfurt, Dresden, Königsberg, daheim, geborgen, bei Weib und Kind. Nur Frankreich läßt die 400 000 Männer noch immer nicht ziehen. Da gibt's kein Halten mehr für manchen. Er flieht. Der Häscher ist ihm auf die Spur. Ein Ringen und Schlagen. Der Flüchtling unterliegt und wird wegen tätlichen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Er verbüßt sie in Avignon.

Der Kriegsgefangene A. hat ein Leiden. Die Aerztekommission ordnet kurz vor Kriegsschluß seine Internierung in der Schweiz an. Am nächsten Tage wird die ärztliche Untersuchung der Kriegsgefangenen fortgesetzt. Der gesunde (oder besser gesündere) Kamerad B. bittet den glücklichen A. unter seinem (B.'s) Namen nochmals vor der Aerztekommission zu erscheinen, damit auch er (B.) nach der Schweiz geschickt werde. A. tut dies. Er wird dabei erwischt und erhält für seinen Freundschaftsdienst 5 Jahre Gefängnis. Er verbüßt sie in Avignon.

Wenn man die Liste der unglücklichen Menschen, die nach teilweiser langer Kriegsgefangenschaft nun noch die lange Gefängnisstrafe in Avignon, Cuers oder Agay verbüßen müssen, durchsieht, so findet man, daß ihre „Verbrechen" in der Hauptsache lediglich nur in Arbeitsverweigerung, Ungehorsam und in Diebstählen bestehen. Letztere wurden meist bei mißglückten Fluchtversuchen begangen. Man brauchte Brot, Kleidung, Geld.

Es sind — soweit wir klar sehn können — eigentlich nur zwei Fälle, wo gemeine Verbrechen vorliegen. Zwei Notzuchtsfälle. In einem Falle wurde der Täter auf frischer Tat ertappt und schlug den Bauern und die Bäuerin, die ihn überraschten, tot.

Frankreich sollte keinen Augenblick mehr zögern, alle die deutschen Kriegsgefangenen, die keine ehrenrührigen, gemeinen Verbrechen begangen haben, unverzüglich freizulassen.

Vor etwa Jahresfrist hatte die „Offiziersvereinigung der Deutschen Republik" den Marschall Foch gebeten, seinen Einfluß geltend zu machen, daß die Avignoner Strafgefangenen sogleich zurückgesandt würden. Die „Offiziersvereinigung" wurde aufgefordert, eine namentliche, begründete Liste über 50 Strafgefangene einzureichen. Das geschah umgehend. Aber es erfolgte von Frankreich nichts darauf. Hoffentlich findet der Appell, den die Vereinigung heute erneut erlassen hat, ein geneigteres Ohr.

Interessant ist es, daß am 3. Januar dieses Jahres sämtliche bayerischen Strafgefangenen — 13 Männer — plötzlich entlassen und nach Hause gesandt wurden. Frankreich hat Bayern damit sicherlich eine große Freude gemacht. Nun sollte es nicht zaudern, den anderen deutschen Staaten die gleiche Freude zu machen und die 115 schwer geprüften Männer in einem Extrazug zu Muttern senden. Mit einer solchen Tat würde sich Frankreich in Deutschland lebhafte Sympathien erwerben und zur Anbahnung freundlicher Beziehungen beitragen, ohne die die beiden Länder auf die Dauer doch nicht leben können.

Frankreich hat seit Jahrhunderten als ein ritterliches Land gegolten, und man sollte meinen, daß es Wert darauf legen würde, diesen Ruf nicht zu verlieren.

Die entscheidenden Männer drüben mögen sich trotz ihrer Arbeitsüberlastung einmal zehn Minuten Zeit nehmen, sich in einen Sessel setzen, die Augen schließen und sich einmal anschaulich in die Lage eines deutschen Kriegsgefangenen hineinversetzen. Dann werden sie dessen unerhörte Seelenqualen verstehen und werden sich fragen, ob sie in gleicher Lage nicht ebenso gehandelt hätten wie der Mann, der zu 20 Jahren oder wie der, der zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Und alles verstehen, heißt — so sagt ein französisches Sprichwort — alles verzeihen. Deshalb sollten Sie, Herr Ministerpräsident Briand, ohne zu säumen einen Beschluß herbeiführen, der den deutschen Kriegsgefangenen schon morgen ihre Freiheit wiedergibt. Das deutsche Volk wird Ihnen dies danken. Und das deutsche Vaterland wird tatkräftig dafür sorgen, daß den Freigelassenen der Rücktritt ins bürgerliche Leben erleichtert wird.

Am Sonntag vormittag veranstaltete die „Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener" im ganzen Reiche Massenkundgebungen mit dem Ziel, die Männer von Avignon, Cuers und Agay frei zu bekommen. Wir erwarten, daß diese Kundgebung in sachlicher und würdiger Weise verlaufen ist und daß sie bei unseren westlichen Nachbarn offene Ohren findet. Hunderte von Vätern, Müttern, Ehefrauen und Kindern warten mit verzehrender Ungeduld auf die Heimkehr der Dulder an der Rhone.

Max Hölz vor Gericht.

Heute vormittag begann der Prozeß gegen Max Hölz.

Vor dem alten Kriminalgerichtsgebäude in Moabit patrouillieren zahlreiche Beamte der Schutzpolizei mit umgehängten Karabinern und halten alle Neugierigen vom Gebäude fern. Wer keine Vorladung oder Eintrittskarte hat, wird erbarmungslos zurückgewiesen. Am Eingang zum kleinen Schwurgerichtssaal findet eine nochmalige Kontrolle und eine eingehende Leibesvisitation nach etwaigen verborgenen Waffen statt.

Um 10½ Uhr betritt Hölz, eskortiert von Polizeibeamten, in Begleitung seines Anwalts, Rechtsanwalt Hegewisch-Celle, den Saal. Hölz hatte sich hartnäckig geweigert, nur in Begleitung von Schutzpolizisten den Gang zum Gericht anzutreten, weil er befürchtete, unterwegs niedergeknallt zu werden.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsrat Dr. Braun erfolgt zunächst der Aufruf der Zeugen. Von den insgesamt geladenen 70 Zeugen sind für den heutigen ersten Tag nur 10 bestellt, die auch nicht alle erschienen sind. Als Sachverständige sind erschienen die Gefängnisärzte Dr. Hirsch und Bünger, sowie Medizinalrat Dr. Störmer. Dem Angeklagten stehen außer Rechtsanwalt Dr. Hegewisch noch die Berliner Justizräte Dr. Broh und Dr. Fränkel zur Seite. Die vom Staatsanwalt Dr. Jäger vertretene Anklage wirft Hölz etwa

50 einzelnen Straftaten

vor, von denen 18 Schwerverbrechen darstellen. U. a. werden ihm folgende Straftaten zur Last gelegt: Mord, Totschlag, Landfriedensbruch, Hochverrat, Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze, Störung des öffentlichen Friedens, räuberische Erpressung, schwerer Raub, Brandstiftung, Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz und Transportgefährdung. Alle diese Straftaten beziehen sich lediglich auf die Tätigkeit Hölz' in Mitteldeutschland im März dieses Jahres. Wegen seiner Verbrechen im Vogtlande im vorigen Jahre wird er sich vor dem Plauener Schwurgericht zu verantworten haben.

Hierauf wird der Angeklagte zu seinen Personalien vernommen. Vors.: Wann sind Sie geboren? Hölz: Am 14. Oktober 89 in Moritz bei Riesa. Vors.: Sie haben gehört, was Ihnen zur Last gelegt wird. Vorläufig will ich jedoch nur den allgemeinen Teil erörtern. Wie haben Sie also angefangen und wie sind Sie zu ihren Handlungen gekommen? Hölz: Am 21. März hörte ich in Berlin, wo ich mich damals befand, daß der Generalstreik in Mitteldeutschland proklamiert worden war. Ich beschloß darauf, hinzugehen und mich den Genossen zur Verfügung zu stellen. Vors.: Was haben Sie nun zuerst getan? Hölz: In den ersten Stunden der Aktion habe ich in Versammlungen gesprochen. Vors.: Was haben Sie da erklärt? Hölz: Darüber verweigere ich die Aussage. Vors.: Hier liegt nun ein Aufruf mit Ihrer Unterschrift vor. Ist die Unterschrift richtig? Hölz, dem der Aufruf vorgelegt wird, erkennt seine Unterschrift an. — In dieser Proklamation fordert Hölz die deutschen Arbeiter auf, zu ihm zu eilen, Sipo und Reichswehr zu entwaffnen, Brücken zu sprengen, die Eisenbahnen zu zerstören und die Bourgeoisie, wenn sie Widerstand leiste, abzuschlachten. Ferner wird ein von Hölz unterzeichneter Aufruf zur Verhängung des proletarischen Standrechts verlesen. Vors.: Was verstehen Sie denn darunter? Hölz: Das proletarische Standrecht ist der Gegensatz zur Diktatur des Kapitals. Vors.: In diesem Aufruf heißt es, daß die Bürger der von Ihnen besetzten Orte erschossen oder abgeschlachtet werden sollen, wenn Sipo oder Reichswehr die Ortschaften einzunehmen versuchen. Hölz: Darüber verweigere ich die Aussage. Vors.: Geben Sie zu, daß Sie eine Kundgebung an die Braunschweiger Genossen erlassen haben, in denen diese aufgefordert werden, sich der Mitteldeutschen Bewegung anzuschließen? Hölz: Dieser Aufruf erfolgte mit meiner Einwilligung. Ich bekenne mich zu diesen Proklamationen und **ich bekenne auch, daß darin von Tötung und Abschlachtung der Bourgeoisie gesprochen wurde.** Allerdings handelte es sich hier nur um Drohungen. Im Ernst dachten wir natürlich nicht daran, Bürger zu töten. Zum Beweis hierfür möchte ich auf die Vorgänge 1920 im Vogtland verweisen. Bei den Kämpfen in Mitteldeutschland war uns allen klar, daß es hier sich nicht um den Endkampf zwischen Proletariat und Kapitalismus, sondern um das Vorpostengefecht handeln müsse. Deshalb haben wir von Gewalttätigkeiten abgesehen. Vors.: Sie haben aber doch verschiedentlich Gewalt gröbster Art angewendet? Angekl.: Ich nenne das nicht Gewalt. Es ist richtig, wir haben requiriert, d. h. der Bourgeoisie Geld abgenommen. Das ist aber nicht geplündert. Wir hatten die absolute Herrschaft und Gewalt und wir mißbrauchten sie nicht. Dann aber wurde uns gemeldet, daß sich die Lage der „Roten Armee" sehr verschlechtert habe. Ich ließ deshalb bekanntmachen, daß wir, wenn die Reichswehr ihren Vormarsch nicht einstellen würde, gezwungen wären, **die Bourgeoisie ohne Unterschied abzuschlachten,** und wenn wir schon aus dem Leben gehen müßten, so wollen wir wenigstens einen Teil der Bourgeoisie mitnehmen.

Vors.: Wir haben hier einen mit roter Tinte geschriebenen Zettel folgenden Inhalts: „Wenn die Sipo in 5 Minuten die Waffen abgibt, darf sie unbehelligt abziehen, andernfalls geht die ganze Stadt in Trümmer. Max Hölz." Angekl.: Dieser Zettel bezieht sich auf Hettstedt. Als ich diesen Zettel schrieb, hatten die Sprengungen des Bahnhofs und anderer Gebäude schon längst stattgefunden. Vors.: Ich habe hier ferner einen „Befehl an den Aktionsrat". Es heißt darin: „Es sind sofort alle waffenkundigen Männer durch Musterung und Aushebung zusammenzubringen, insbesondere Mg.-Schützen. Die Aktionsräte müssen sofort alle Macht an sich reißen und mit Waffengewalt verteidigen usw. Die militärische Oberleitung: Max Hölz." — Waren Sie Soldat? Angekl.: Jawohl, ich war als Husar eingezogen und wurde im Felde Meldereiter bei einer Infanteriebrigade. Bei Amiens wurde ich durch Artilleriefeuer verschüttet. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten mehrere sogenannte Requisitionsscheine u. a. über 500 Zigaretten, 1500 Zigarren, Pfefferminzbonbons, vor und weist ihn im Anschluß hieran darauf hin, daß im Gefängnis ein gewisser Bergschmidt erklärt habe, Hölz sei gar nicht der Hauptmacher bei der ganzen Sache, sondern ein gewisser Kruse. Die ganze Sache gehe von Rußland aus; Trotzki habe eine Million in Gold für die Aktion in Deutschland hergegeben. Angekl.: Unsere Aktionen waren von keiner Partei, weder von der KPD. noch von der Exekution der 3. Internationale inszeniert worden. Vors.: Haben Sie die Ausführungen des Dr. Levy nicht gelesen. Der ist anderer Meinung. Angekl.: Das ist eben eine andere Meinung. Vors.: Sie sagen, Sie wollten in Mitteldeutschland die Herrschaft des Proletariats aufrichten? Angekl.: Jawohl. Das war meine Absicht. Ich will hierbei meine Auffassung von der ganzen Anklage dahin erläutern, daß ich in der festen Meinung bin, daß der Teil der Anklage, der von Morden spricht, künstlich konstruiert ist. Die Zeugen, welche über angebliche Morde etwas sagen, sind gekaufte Zeugen.

Damit ist die Vernehmung des Angeklagten beendet. Es folgen die Gutachten der medizinischen Sachverständigen.

Volkswirtschaft.

Das Existenzminimum im Mai 1921.

Von Dr. R. Kuczynski,

Direktor des Statistischen Amts Berlin-Schöneberg.

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin im Mai 1921 etwas höher als im Vormonat, aber niedriger als in jedem anderen Monat seit März 1920. Billiger als im Mai 1920 waren vor allem Reis, Hülsenfrüchte, Fette, Fische, Schuhwerk und Kleider, teurer vor allem Kartoffeln, Zucker, Milch. Im Vergleich mit der Vorkriegszeit waren die Preise selbstverständlich nach wie vor ungeheuer hoch. Brot kostete 11mal soviel wie vor sieben Jahren, Margarine 12mal soviel, Briketts 15mal soviel, Zucker 17mal soviel, Kartoffeln 18mal soviel. Dabei sind die Schleichhandelspreise noch nicht berücksichtigt. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich von Mai 1914 bis Mai 1921 im ganzen eine Verteuerung auf das Dreizehnfache. In den vier Wochen vom 2. bis 29. Mai wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Mai 1921 Pf.	Preis Mai 1914 Pf.
7600 Gramm Brot	2000	185
1175 „ Nährmittel	785	52
935 „ Zucker	748	43
Zusammen	3533	280

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 35,33 Mk. zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 2,80 Mk. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun im Wochendurchschnitt etwa 6400 Kalorien. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11 200 Kalorien, der einer Frau etwa 16 800 und der eines Mannes etwa 21 000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11 200 — 6400 = 4800 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau müßte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6—10 Jahren auf 20 Mk., für eine Frau auf 35 Mk., für einen Mann auf 47 Mk. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Mai 1914 für ein Kind 1,80 Mk., für eine Frau 3,02 Mk., für einen Mann 3,87 Mk. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor sieben Jahren noch billiger, weil insbesondere Brot damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier daher für die Vorkriegszeit angesetzt: Kind 1,75 Mk., Frau 2,80 Mk., Mann 3,50 Mk.)

	Preis Mai 1921 Pfg.	Preis Mai 1914 Pfg.
Rationierte Nahrungsmittel	883	70
125 Gramm Graupen	70	5
250 „ Speisebohnen	105	11
3000 „ Kartoffeln	380	18
250 „ Büchsenfleisch	390	56
125 „ Margarine	244	20
Zusammen für ein 6—10jähr. Kind	2022	180
250 Gramm Haferflocken	140	18
125 „ Graupen	70	5
125 „ Speisebohnen	53	5
250 „ Erbsen	125	10
1500 „ Kartoffeln	165	9
2500 „ Gemüse	500	35
500 „ Salzheringe	160	25
125 „ Margarine	244	20
Zusammen für eine Frau	3479	302
500 Gramm Reis	325	22
250 „ Erbsen	125	10
125 „ Speck	452	20
250 „ Salzheringe	80	13
125 „ Margarine	244	20
Zusammen für einen Mann	4678	387

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 Mk. (1913/14: 5,50 Mk.), für Heizung 17,60 Mk. (1,15 Mk.), für Beleuchtung 7,50 Mk. (0,75 Mark).

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 27 Mk. (2,50 Mk.), Frau 18 Mk. (1,65 Mk.), Kind 9 Mk. (0,85 Mk.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgeld, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 30 Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann Mk.	Ehepaar Mk.	Ehepaar mit 2 Kindern Mk.
Ernährung	47	82	122
Wohnung	9	9	9
Heizung, Beleuchtung	25	25	25
Bekleidung	27	45	68
Sonstiges	32	48	66
Mai 1921	140	209	285
April 1921	137	204	281
Mai 1920	177	267	365
August 1913/Juli 1914	16,75	22,30	28,80

(Für die einzelnen Monate seit Januar 1920 vgl. mein Buch: „Wiedergutmachung und deutsche Wirtschaft", Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin W. 15, S. 72.)

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst im Mai 1921 für einen alleinstehenden Mann 23 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 35 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 47 Mk. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 7300 Mk., für das kinderlose Ehepaar 10 900 Mk., für das Ehepaar mit zwei Kindern 14 850 Mk.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum Mai 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 Mk. auf 140 Mk., d. h. auf das 8,4fache, für ein kinderloses Ehepaar von 23,30 Mk. auf 209 Mk., d. h. auf das 9,4fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 Mk. auf 285 Mk., d. h. auf das 9,9fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt 10 bis 12 Pf. wert.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 13. Juni.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

		13. Juni.	11. Juni.
Holland	100 fl.	2355.—	2262.50
Kopenhagen	100 Kr.	1215.—	1172.50
Stockholm	100 Kr.	1587.50	1525.—
Kristiania	100 Kr.	1025.—	1002.50
Helsingfors	100 finn. Mk.	119.—	118.50
Schweiz	100 Frs.	1207.50	1162.50
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	15.25	15.25
Budapest	100 K.	27.50	27.50
Prag	100 K.	96.25	94.50
Spanien	100 Pesetas	922.50	887.50
London	1 £	268.75	257.75
Paris	100 Frs.	566.—	547.50
Belgien	100 Frs.	565.—	547.—
Italien	100 Lire	359.—	346.—
Bukarest	100 Lei	108.50	—.—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	72.25	69.—
do. briefl. Ausz. od. Scheck		72.12	68.75

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 14. Juni 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage Std.
D.		Bornea	Lundquist	Helsingfors	3
D.		Germin	Gooser	Königsberg	3
	S.	Haubet	Raßmussen	Nakskov	1
	S.	Marsutte	Bagger	Trelleborg	5
	S.	Engelbeck	Harder	Frederikas	5
	S.	Dagmy	Svenson	Rebbyhamn	1
	S.	Ebenezar	Dories	Marstall	1
	S.	Regina	Malikko	Nystad	1

Verantwortlich: für Politik Dr. J. Leber; für die Rubrik Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei- und Gewerkschaftsbewegung August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Einkochzucker.

In der Zeit vom 15. bis 25. Juni 1921 können auf den Abschnitt „Warenkarte 9" der Lebensmittelkarte

750 Gramm Zucker

verabfolgt und entnommen werden. **Ein Teil dieses Zuckers wird als Kandiszucker und Brodenzucker geliefert.** Die Kleinhandelspreise sind folgende:

1. Gemahlener Melis u. feinkörniger Kristallzucker M. 3,80 für ½ Kilo
2. Gemahlene Raffinade, feinkörnig oder kristallförmig M. 3,86 für ½ Kilo
3. Brodenzucker M. 3,90 für ½ Kilo
4. Kandiszucker M. 4,80 für ½ Kilo

Der Zucker ist bei dem Kleinhändler zu kaufen, bei dem die Anmeldung für Zucker erfolgt ist.

Binnenschiffer erhalten in der Kartenzentrale, Königstraße 69, bei Vorlegung ihrer Binnenschiffer-Ausweiskarte besondere Bezugscheine über Einkochzucker.

Die **Kleinhändler** haben die belieferten Abschnitte, auf Klebebögen aufgeklebt, bis spätestens am Dienstag, dem 28. Juni 1921 dem Landesversorgungsamt, Breite Straße 65 II, Zimmer 7, einzureichen.

Die vorstehend festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes. Die Ueberschreitung wird bestraft.

Lübeck, den 14. Juni 1921. (2947

Das Landesversorgungsamt.

Laufbursche (2958 im Alter von 13—14 Jahren sofort Mühlenstr. 34, Laden.

Rohrstühle werden geflochten 2949) Königstr. 4-6, Fl. r.

Tausche m. 3-Z.-W. m. Gas u. Zub. geg. e. gleiche i. Stadt o. Holst. w. auch v. G. Ang. unt. A & C an die Exp. (2952

Ein möbliertes Zimmer in Schlutup sofort gesucht. (2941 Ang. unt. R 4 an die Exp. d. Bl.

Neues Volksliederbuch mit Anleitung zur Lautenbegleitung. Preis Mk. 5.50. Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Z. verk. 2 gl. Bettstellen und 1 2schläf. Bettstelle m. Matr. 2948) Falkenstr. 16, I, links.

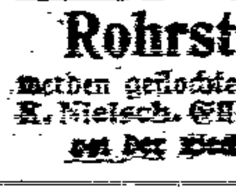
Eine Grube zu verkaufen. 2939) Arnimstr. 6c, I.

Ein seid. Mantel bill. zu verk. 2943) Cleverbrück, Ringstr. 5.

Ein Kinderbett zu verkaufen. 2942) Geninerstr. 51 b, I.

Ein echter Fox-Terrier z. vk. 200 Mk. (2950) Depenau 12.

Gut. H.-Fahrrad, sehr billig 2961) Wakenitzmauer 42, Fahrradhandlung.



1 Satz Ferkel bill. zu verkaufen (2954 J. Klüwer, Schwart. All. 133

Rohrstühle werden geflochten (2940 K. Nielsch, Ellerbrook 23 bei der Wedergrube.

Die neuen Postgebühren — 50 Pfg. — Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Auszug aus den wichtigsten Steuergesetzen in Plakatform, zweifarbig gedruckt, nach dem Stande vom 1. April 1921, Preis Mk. 3.00. Zu haben bei Friedr. Meyer & Co. Buchhandlung.

Ziegenzuchtverein Lübeck. Eilt! Futterverpachtung. Eilt! 2955) Meldung bis 17. Juni bei Behne, Arnimstr. 38.

Expreß-Güter-Verkehr „Nordmark"

Kraftverkehrs-Gesellschaft m. b. H. „Nordmark" Zweigstelle Lübeck

befördert Pakete, Kisten, Stückgüter usw. nach den Orten Travemünde, Niendorf, Timmendorfer Strand, Scharbeutz (Haffkrug).

Eröffnung: 16. Juni 1921.

Berechnung billigst. Fordern Sie Tarife.

Annahmestelle: Lübeck: Burmester & Ahlers, Dankwartsgrube.

Erstmalig fährt der Wagen am Donnerstag, dem 16. Juni. (2957

Weiterhin verkehren die Wagen regelmäßig Dienstags und Freitags.

In ½ Stunde vernichten Sie unter Garantie Kopf-, Filz- und Kleider-Läuse sow. Brut (Niss.) Wanzen, Flöhe b. Mensch. u. Tier „Riesolda", g. gesch. Mitt. Wund. unschädlich Verk. nur H. Wiese, Aegidienstr. 4. (2962

Siedlung und Kleingarten

Vierseitige Zeitung in Kupfertiefdruck, reich illustriert, mit praktischen Erläuterungen für Kleingarten und Siedlung. Erscheint alle 14 Tage. Bezugspreis für die Volksbotenleser monatlich nur fünfzig Pfennig. Auch im Einzelverkauf im Lübecker Volksboten.

Rechnungs-Formulare fertigt prompt an Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Chorverein Lübeck

Mitgliedschaft des deutschen Arb.-Sängerbundes.

Ausflug nach Waldhusen am Sonntag, dem 19. Juni.

Abfahrt mit der Straßenbahn vom Geibelplatz um 1.27 Uhr, dann alle 20 Minuten. Extrawagen können nicht gestellt werden.

Treffpunkt 3 Uhr im Lokal Borgwardt Ww.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Gesangstunden: Jeden Freitag im Gewerkschaftshaus. Männerchor Anfang 7 Uhr, Damenchor Anfang 8½ Uhr. (2956 D. O.

Kolosseum Ball

Jeden Mittwoch und Sonnabend Anfang 6 Uhr. Heinrich Ohde. 2945)

Louisenlust. Morgen Mittwoch: Tanz. (2946) Damen Eintritt frei.

In unserem Verlage erscheint demnächst: Kommentar zum Reichsheimstättengesetz von Regierungsrat Dr. Meyer, Lübeck.

Ein unentbehrliches Hilfsbuch für alle Behörden, Architekten, Bauunternehmer, Volkswirtschafter, Siedler und Siedlungslustige.

Friedr. Meyer & Co., Lübeck Johannisstraße 46 Verlag — Buchdruckerei — Buchhandlung

Harzer (reifer) Pfund Mk. 4.00 Schwönekenquerstraße 15, Beckergrube 7. (2953 Wiederverkäufer billiger.

Goldflake! echt Wills — beste engl. Zigarette frische Qualität! verkauf auf 50 Pf. Generalvertrieb: G. Grundmann Schüsselbuden 32. (2944) Tel. 418.

Achtung! Eine frische Sendung Dän. Schweinsköpfe mit voller Fettbacke eingetroffen, Pfund 6 Mk. Verkauf Mittwoch Markthalle. 2960

Steuerbuch enthaltend: Einkommensteuergesetz, Körperschaftssteuergesetz, Kapitalertragsteuergesetz, Landessteuergesetz, Erbschaftssteuergesetz, Reichsabgabenordnung mit gemeinverständlichen Erläuterungen. Herausgegeben von Wilhelm Kell. Preis Mk. 20.—. Buchhandlung Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Hansa-Theater 8 Uhr. 8 Uhr. Nur noch einige Tage: Der große Schlager mit den unzähligen Lachsalven Der verjüngte Adolar. 2959 In Vorbereitung: „Die Scheidungsreise".

Beilage zu Nr. 136
28. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Dienstag, den 14. Juni 1921

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 14. Juni.

Eiserne Zeit.

Für Träumer ist nicht Platz in dieser Zeit,
Die rastlos ist und sparsam im Verschenken.
Ihr Eisentritt aus rasselnden Gelenken,
Er überdröhnt, was ihn nicht überschreit,
Und schüttert die Gehirne, daß sie denken.

Anton Wildgans.

Gebt keine Trinkgelder!

Es ist dem Publikum zur Gewohnheit geworden, Angehörigen verschiedener Berufe Trinkgelder zu geben, vor allem den Angestellten im Hotel-, Restaurant- und Cafégewerbe. Dieses Trinkgelderwesen, vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus betrachtet ein Unwesen, ist den Unternehmern außerordentlich willkommen. Sie können, gestützt auf die Almosen, die ihre Angestellten von den Kunden erhalten, diese verhältnismäßig niedrig entlohnen und ihren eigenen Gewinn vergrößern. Schon seit langem ist es das Bestreben der Gewerkschaften, die Abschaffung dieses Trinkgeldergebens und -nehmens durchzuführen. Im Januar 1919 waren es die Gastwirtsgehilfen, die für feste Löhne und für Abschaffung des Trinkgeldes demonstrierten und streikten. Sie haben ihre Forderungen fast überall durchgesetzt. Jetzt macht sich aber wieder eine außerordentlich lebhafte Tätigkeit der Arbeitgeber bemerkbar, die das Trinkgeldsystem wieder einführen wollen. Vor allem sind es, wie der Vorwärts schreibt, die Arbeitgeberverbände in den Kur- und Badeorten, die jetzt Richtlinien herausgeben, in denen betont wird, „daß die Trinkgelder grundsätzlich nicht abgelöst werden." Tarife werden nicht abgeschlossen. Jede Art Garantielöhne wird abgelehnt." Die Unternehmer gehen so weit, zu erklären, „daß die Trinkgeldablösung überhaupt nicht zu diskutieren sei." Sie wollen das Trinkgeld wieder obligatorisch machen und verewigen und geben sich dabei der angenehmen Hoffnung hin, daß durch die Wiedereinführung des Trinkgeldsystems der Kampf gegen den Achtstundentag erleichtert wird. Wie man den Kellnern den festen Lohn vorenthalten will, so auch den Zimmermädchen, den Hotelhausdienern und anderen.

Der Kampf der Gastwirtsgehilfen gegen die Offensive der Unternehmer ist für die Arbeiterschaft keineswegs gleichgültig. Insbesondere die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, ihn mit allen Mitteln zu unterstützen. Je öfter sie Trinkgelder geben, desto weniger wird der einzelne sich bereitfinden, gegen die Wiedereinführung des Trinkgeldsystems anzukämpfen. Das gilt insbesondere von den nicht organisierten Angestellten des Gastwirtsgewerbes. Wie die Organisation der Hotel-, Restaurants- und Caféangestellten statt der Trinkgelder feste Löhne fordert und wie sie ihre Mitglieder auffordert, keine Trinkgelder anzunehmen, so hat die übrige Arbeiterschaft die Verpflichtung, in keinem Falle irgend jemand, — ganz gleich, in welchem Gewerbe er tätig ist — mit Trinkgeldern zu belohnen. Nur so können diejenigen, die noch fürs Trinkgeld arbeiten, gezwungen werden, sich den Forderungen ihrer organisierten Kollegen und deren Verband anzuschließen, nur so können die, die zwar organisiert sind, aber der Versuchung nicht widerstehen können, zur Disziplin erzogen werden, nur so kann der Kampf der organisierten Gastwirtsgehilfen um festen, auskömmlichen Lohn zum Erfolg führen.

Wir fordern alle organisierten Arbeiter auf, insbesondere bei ihren Ausflügen und eventuellen Ferienfeiern, nur die ihnen vorgelegte Rechnung zu bezahlen, aber in keinem Falle Trinkgelder zu geben. Es gilt den Kampf — vor allem der Gastwirtsgehilfen — nach anständiger Entlohnung und gegen die Wiedereinführung des Trinkgeldsystems energisch zu unterstützen. —

Zu der Frage der Trinkgeldabschaffung haben sämtliche Zentralverbände der Gastwirtsgehilfen: Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten, Gewerkschaftsbund der Gasthausangestellten (Bund der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten), einer Anregung der Gesellschaft für soziale Reform folgend, folgende Entschließung angenommen, um deren möglichst weite Verbreitung sie bitten: „Die unterzeichneten Gehilfenorganisationen erklären durch ihre Vertreter, daß sie nach wie vor bereit sind, entschieden für die Beseitigung des Trinkgeldes und für die Erringung fester auskömmlicher Löhne einzutreten. Sie nehmen die von der Gesellschaft für soziale Reform und der ihr angeschlossenen Vereinigungen angebotene Hilfe und die Unterstützung der Presse mit Dank an und verpflichten sich, das zur Werbung nötige Material zu liefern. Sie verurteilen auf das entschiedenste diejenigen Berufsangehörigen, sie ohne Rücksicht auf die üblen Folgen, die das Trinkgeldwesen für den ganzen Beruf haben muß, sich nicht dazu verstehen können, jede Annahme des Trinkgeldes streng zu verweigern."

Am kommenden Montag, dem 20. Juni, abends 7½ Uhr, hält der Lübecker Ortsverein des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten im Gewerkschaftshaus seine Generalversammlung ab, die sich mit diesen Fragen beschäftigen wird.

*

Vertretung im Senat. Für die Dauer der Abwesenheit des Senators Mehrlein hat Senator Friedrich die Geschäfte des Polizeiherrn übernommen. — Der Senat hat für die Dauer der Abwesenheit des Senators Mehrlein den Senator Friedrich der Behörde für das Feuerlöschwesen, dem Gesundheitsamt und dem Gesundheitsrat beigeordnet und ihm den Vorsitz in diesen Behörden übertragen.

Flugpost Travemünde — Warnemünde — Saßnitz — Swinemünde. Vom 15. Juni an werden die Ostseebäder Travemünde, Warnemünde, Saßnitz und Swinemünde durch tägliche Flugpost verbunden. Abflug Travemünde 10 Uhr 30 Minuten vormittags, ab Warnemünde 12 Uhr, ab Saßnitz 2 Uhr, an Swinemünde 3 Uhr, zurück ab Swinemünde 12 Uhr 30 Minuten nachmittags, ab Saßnitz 2 Uhr, ab Warnemünde 4 Uhr, an Travemünde 5 Uhr. Der Flugdienst wird von der Deutschen Luft-Reederei, Berlin, und der Lloyd-Luftverkehr Sablatnig, G. m. b. H., Berlin, gemeinsam mit Seeflugzeugen ausgeführt und voraussichtlich bis zum 15. September betrieben werden.

Vergnügungsfahrten nach den baltischen Ländern. Die United Baltic-Corporation beabsichtigt, demnächst Vergnügungsfahrten nach den baltischen Ländern, ungefähr nach dem Muster der Nordlandsreisen, mit regelmäßigen Linien einzurichten. Die Vergnügungsreisen sollen von London durch den Nordostseekanal über Danzig und Libau bis Reval führen. Jede Reise dauert 15 Tage und wird den Teilnehmern Gelegenheit geben, außer den Häfen selbst die anschließenden Wasserstraßen und die Hafenstädte zu besichtigen. Am Donnerstag jeder Woche wird die Abfahrt von London erfolgen, die Ankunft in Danzig in vier bis fünf Tagen. Von Libau wird die Reise nach Reval ca. 32 Std. erfordern. Die Rückreise wird denselben Weg führen.

Deutsche Seeleute dürfen wieder in England an Land gehen. Nach der Beendigung der Kriegszeit war es deutschen Seeleuten, die mit ihrem Schiff in einem englischen Hafen ankamen, nicht gestattet, an Land zu gehen. Einige Seeleute, die es wagten, ihr Schiff zu verlassen und an Land zu gehen, sind schwer mißhandelt worden. Selbst die Führer der Schiffe durften nur in Ausnahmefällen an das Kontor ihrer Befrachter gehen. Jetzt ist nach Anordnung der englischen Regierung den Offizieren und Mannschaften bei längerer Liegezeit in englischen Häfen Landungserlaubnis erteilt worden. Diese Anordnung ist bereits in Kraft getreten. Nach einer amtlichen englischen Mitteilung wird ein neues Ueberwachungssystem ausgearbeitet, nach dem deutsche Seeleute die gleiche Behandlung erfahren sollen wie jeder andere Seemann.

Zur Verordnung über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel nahm der Neue Grundeigentümer-Verein für Lübeck und Umgegend von 1919 e. V. in seiner letzten Versammlung folgende Resolution an: „Die Verordnung über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel erscheint in ihrer vorliegenden Fassung völlig unannehmbar. Sie bedeutet eine völlige Entrechtung der Hauseigentümer, auch infolge der unzulänglichen Regelung der Entschädigungsfrage neue schwere finanzielle Gefahren für ihre wirtschaftliche Existenz. Dabei erscheint sie völlig ungeeignet, der auch von den Hauseigentümern nicht verkannten schweren Wohnungsnot in irgend nennenswerter Weise abzuhelfen. Der der Vorlage beigegebene Bericht des Wohlfahrtsamts beweist mit aller Deutlichkeit, daß alle Methoden der Zwangswirtschaft statt zu mildern, das Wohnungselend nur vergrößern. Helfen kann einzig und allein der baldigste Abbau der Zwangswirtschaft und Einführung der freien Bauwirtschaft. Geschieht dies nicht, so ist mit Sicherheit weiterer Schaden an Gesundheit und Vermögen des deutschen Volkes zu erwarten."

Statistischer Monatsbericht über die Stadt Lübeck im Mai 1921. Lübeck hatte nach der Fortschreibung des Statistischen Amtes Ende April 119 327 Einwohner. Im Monat Mai kamen 81 durch Geburtenüberschuß hinzu und 24 durch Mehrabwanderung in Abgang, sodaß die Einwohnerzahl sich bis Ende Mai auf 119 384 (Mai 1920: 115 806) hob. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war folgende: Eheschließungen 140 (183); Geburten 228 (221), Sterbefälle 147 (166), d. h. auf 1000 Einwohner für ein ganzes Jahr 14,1 (19,0) Eheschließungen, 23,0 (22,8) Geburten und 14,8 (17,8) Sterbefälle. Unter den Geborenen waren 25 oder 11,0 % (36 oder 16,3 %) unehelich und 7 oder 3,1 % (4 oder 1,8 %) tot. Das Alter der Gestorbenen betrug in 22 (36) Fällen unter 1 Jahr und in 40 (24) über 70 Jahre. Die auf 1000 der Lebendgeborenen, aus denen die gestorbenen Säuglinge stammten, berechnete Säuglingssterbeziffer betrug 106,9 (175,0). Todesursache war 22 mal Krankheiten der Kreislauforgane, 16 mal Krebs und je 12 mal Tuberkulose und Lungenentzündung. Gewaltsamer Todes endeten 12 Personen, und zwar 5 durch Selbstmord, 2 durch Mord und 5 durch Verunglückung.

Schwedische Sprachkurse in Lübeck. Vom 18. Juli bis 18. August werden hier mit Unterstützung der Behörden und Vereine Kurse in schwedischer Sprache und Literatur abgehalten werden. Die Lehrenden werden schwedische Universitäts- und Gymnasialprofessoren sein. Der Unterricht und die Uebungen werden für jeden Teilnehmer durchschnittlich täglich zwei Stunden umfassen. Eine Abteilung wird höchstens 25 Personen stark sein. Neben den Sprachkursen werden dreimal wöchentlich Vorlesungen gehalten über Fragen, welche das Land Schweden, die schwedische Sprache, schwedische Natur und schwedische Kultur zum Gegenstand haben. Diese Vorlesungen werden während der ersten zwei Wochen auf deutsch, während der letzten zwei Wochen auf schwedisch gehalten. Als erste Vorlesung ist beim Beginn der Kurse eine solche von Universitätsprofessor Vilhelm Lundström „Ueber die Verbreitung der Schweden und der schwedischen Sprache in der Welt" vorgesehen. Als Teilnehmer ist in erster Linie an norddeutsche Lehrer und Lehrerinnen aller Schulgattungen, insbesondere auch der kaufmännischen Schulen gedacht, jedoch werden zu den Kursen auch andere Teilnehmer, die über eine gute Allgemeinbildung verfügen, zugelassen werden. — Meldungen sind zu richten an die Kanzlei der Oberschulbehörde Lübeck, Glockengießerstraße 4—6.

Bienenwirtschaftliches. Die Faulbrut, eine der verheerendsten Bienenkrankheiten, erfordert die größte Wachsamkeit der Imker. Deswegen achte jeder Imker auf den Brutstand in seinen Völkern. Zeigen sich auf den Waben mit auslaufender Brut einzelstehende Zellen mit eingefallenem Deckel und vielleicht noch mit einer kleinen Oeffnung, als wenn mit einer Stecknadel hindurchgesteckt ist, so öffne man den Zelldeckel. Zeigt sich der Zellinhalt als eine milchkaffeebraune, zähe, fadenziehende Masse, so mache der Imker sofort dem Vorstande seines Bienenzuchtvereins davon Anzeige, damit eine gründliche Durchsicht seines Standes erfolge und Maßnahmen zur Beseitigung des Krankheitsstoffes ergriffen werden können. Also Wachsamkeit und sofortige Anzeige ist im Interesse eines jeden Imkers geboten. Da in der Vorstadt St. Jürgen auf einigen Bienenständen Faulbrut festgestellt ist, so ist auch für auswärtige Imker, welche dort ihre Völker zur Lindentracht aufstellen wollen, Vorsicht nötig.

Zum Autounfall der Nordmark auf der Travemünder Chaussee wird uns noch mitgeteilt, daß glücklicherweise nur 3 Personen ganz leicht verletzt wurden. Das Unglück ist vor allem auf den glitschigen Zustand der Chaussee zurückzuführen und auf die scharfe abschüssige Kurve, die beim Bahnübergang vorhanden ist. Im übrigen erleidet der Kraftwagenverkehr der Nordmark keine Unterbrechung. Ein neuer Wagen ist bereits eingestellt, so daß der Betrieb in der bisherigen guten Weise aufrechterhalten wird.

Die Firma Rudolph Karstadt A.-G. Hamburg, die von einer Kommandit-Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft umgewandelt ist, betont in ihrem ersten Geschäftsbericht, daß trotz großer Schwierigkeiten und Belastungen des Detailgeschäfts das Resultat als befriedigend bezeichnet werden muß. Die früheren großen Umsätze in Luxusartikeln sind zurückgegangen, dagegen die Gesamtumsätze gestiegen. Die Aktiengesellschaft umfaßt 42 Detailgeschäfte, 5 Einkaufszentralen und 7 Fabriken. Es wurden nach Abzug der Fabrikationskosten 164,2 Millionen Mark Bruttogewinn erzielt. Für Geschäftsunkosten mußten 100,7 Millionen Mark, für Zinsen und Steuern 20,5 Millionen Mark, für die Gründung, Aktienausgabe und Fusionen 22,7 Millionen Mark aufgewendet werden. Der Reingewinn beträgt 10,4 Millionen Mark. Davon sollen auf 80 Millionen Mark Kapital 10 Proz. Dividende verteilt werden. Die letzte Kapitalerhöhung von 30 Millionen Mark ist noch nicht dividendenberechtigt. Der Reservefonds hat eine Höhe von 54 Millionen Mark erreicht.

Reichsbanknoten zu 50 Mark vom 30. November 1918 haben auf Grund der Verordnung vom 27. Dezember 1920 ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel bereits seit dem 31. Januar 1921 verloren; sie werden nur noch bis zum 31. Juli 1921 von der Reichsbank eingelöst, für die mit diesem Zeitpunkt jede Einlösungspflicht endet. Die Besitzer solcher Noten werden in ihrem eigenen Interesse erneut an deren rechtzeitige Ablieferung erinnert.

Das große Tor.

Roman von Wilhelm Cremer.

44. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Am nächsten Morgen besuchte er zunächst die Sprechstunde einer deutschen Zeitung und erkundigte sich über Ehescheidung. Dann erst nahm er einen Rechtsanwalt. Der Mann wollte ihn schröpfen, weil er sah, daß er ein Greenhorn vor sich hatte. Aber Wittkamp ließ sich auf nichts ein. Er bezahlte einen angemessenen Betrag und ließ sich eine Quittung geben. Dann legte er einen Betrag, den es wohl noch kosten würde, in seinen Brustbeutel. Das Geld wollte er keinenfalls anbrechen, dazu war er zu stolz.

Auch an diesem Tage trank er und kam abends spät nach Hause. Er fand einen Brief vor, er sollte doch einmal nach Frau Wels sehen kommen. Die Frau habe ihren Verstand verloren.

Als er am nächsten Tag hinkam, fand er sie schon nicht mehr in ihrer Wohnung an. Die Arme hatte gestern Tobsuchtsanfälle bekommen. Sie war auf Frau Joseph losgegangen und hatte die fast erwürgt. Mit Mühe hatte man sie festhalten können, bis sie der Krankenwagen mit dem Arzt abholte. Die Wohnung war polizeilich geschlossen worden.

Wittkamp mußte auch auf das Revier hin, um die Verhältnisse der Familie zu beschreiben. Man hatte aber schon die Adresse der Eltern der Frau Wels gefunden und ihnen geschrieben.

„Vielleicht ist es für sie das Beste, wenn sie wirklich den Verstand verloren hat!" dachte Wittkamp.

Abends ging er aber einem Einfall folgend in den Salon, in dem der Doktor hauste. Er war in der letzten Zeit nicht mehr dort gewesen.

Eine qualmige erstickende Luft herrschte wie immer in dem niedrigen schmalen Schenkraum, zu dem man noch einige Stufen von der Straße hinabsteigen mußte. An der Bar standen dieselben Gestalten wie sonst, zerrissene Kleider voll Schmutz und Feuchtigkeit, graue aufgedunsene Schnapsgesichter. Sie tranken die scharfe, ätzende Flüssigkeit, die sie Whisky nannten, herunter, als ob es Zuckerwasser gewesen sei.

Aber sie waren nicht mehr so lärmend wie sonst. Der Winter war da, die schlimme Zeit für Tramps und Obdachlose. Die Kälte machte sie starr und bewegungsunfähig trotz allem Einheizen.

Auch die Dirnen, die hinten im Zimmer die Abendstunden zubrachten, ehe ihre Geschäftszeit draußen in Wind und Kälte begann, saßen eng beieinander und tranken Grog. Sie sprachen von schlechten Zeiten, von der Verfolgung der Polizei, die immer etwas von den armen Mädchen wollte. Sie klaschten und zankten. Die älteren erzählten von vergangenen Zeiten, als sie noch Sekt getrunken im Westen, im Tenderlain, und schimpften auf den jungen Nachwuchs, der die Preise verdürbe.

Der Doktor war nicht da. „Er ist krank!" sagte der Wirt, der mit seinem Gehilfen hinter der Bar stand, hemdärmelig wie immer, aber zufrieden und selbstbewußt.

„Er wohnt zwei Häuser von hier im Keller hinter dem Schuhladen. Sie brauchen nur nach ihm zu fragen."

„Wissen Sie denn nicht was ihm fehlt?"

Der Wirt zuckte die Achseln. „Der Armendoktor war mal da. Er mußte aus dem Keller raus. Sie wissen ja, wie es in Neuyork ist."

Wittpamp entschloß sich, einmal hinzugehen.

„Bringen Sie mir Nachricht!" sagte der Wirt, und dann setzte er leiser hinzu: „Er soll übrigens eine Postanweisung erhalten haben, aber er rückt nichts heraus."

Die Wohnung befand sich, wie der Wirt richtig gesagt hatte, in einem nach hinten gelegenen Kellerraum, der von einem großen Lager gebrauchter Schuhwaren durch eine eiserne Tür getrennt war.

Wittkamp mußte eine vollständig dunkle Steintreppe hinunter, und die glatten Stufen schienen mit schlüpfrigem Schmutz bedeckt zu sein. Von den Wänden sickerte langsam Wasser herunter und unten grade am Fuße der Treppe hatte sich eine große Lache gebildet.

Der kleine, verkrüppelte Junge, der ihm als Führer diente, öffnete eine Tür, aus der der matte Schein einer Lampe drang. Wittkamp zögerte eine Weile, ehe er einzutreten wagte.

Die beklemmende, kalte, feuchte Kellerluft wich jetzt einem warmen, erstickenden Brodem, der aus dem dunstigen Höhlenraum hervordrang. Dazu kam ein beißender Qualm von schlechtem Tabak und von Zigaretten.

Der Doktor lag in einer Ecke auf einer Art Matratze, aber man konnte ihn zuerst nicht herausfinden in dem Wirrwarr von Lumpenkram, von halbzerbrochenen Möbeln, von Betten, die ringsherum an der Wand standen. Drei oder vier Kinder saßen herum und starrten den Eindringling an, in einer dunklen Ecke hörte man ein qualvolles Husten. Eine dunkle Gestalt lag dort, aber man sah nicht, ob es ein Mann oder eine Frau war.

Als der Doktor Wittkamp sah, erhob er sich langsam. Er sah gelb und eingefallen aus, fast gespenstig in dem von Bartstoppeln besetzten Gesicht, das durch die Lampe einen rötlichen Schein bekam.

„Wie geht es denn, alter Knabe?"

Der Doktor zitterte vor Erregung. Er streckte seinem alten Freunde die mageren Arme entgegen.

„Ich habe auf dich gewartet. Ich wußte ja, daß jemand kommen würde. Ich bin auch schon wieder gesund, ja, aber vor acht Tagen oder zehn Tagen, da dachte ich es ging um die Ecke."

Wittkamp konnte nicht viel reden. Der aufdringliche Schmutz und die faulige Luft in diesem schwarzen Loch, die Anhäufung von Betten, die mit stinkenden Lumpen bedeckt waren, alles das nahm ihm den Atem. Er sah an der einen Wand hoch oben ein kleines Gitterfenster, das nach dem Hofe ging, und das war nicht einmal geöffnet.

„Wie bist du denn in dieses Loch gekommen?" fragte er auf Deutsch.

„Eine von den Mädels hat mich mitgenommen, als mich der Wirt nicht mehr behalten wollte. Sie hat auch zuerst für mich die Miete bezahlt."

„Hier schlafen wohl viele Menschen?"

„Zwölf, ich glaube zwölf. Manchmal sind es auch mehr, wenn die Mädchen jemand mitbringen."

„Solche Mädchen —? fragte Wittkamp.

„Zwei Familien wohnen hier mit Kindern und drei Mädels. Du mußt sie schon einmal in der Kneipe gesehen haben —"

Der Doktor unterbrach plötzlich seine Rede — es schien, als ob er über etwas nachdächte. Dann begann er vorsichtig, während er mißtrauische Blicke nach den Kindern hinüberwarf, an seiner Weste herumzuknöpfen.

„Steck das sofort ein, was ich dir gebe!" sagte er mit gemachter Gleichgültigkeit und zog aus einem Brustbeutel langsam ein schmutziges Papierpäckchen hervor.

„Schnell!" sagte er, während er die Weste wieder zuknöpfte.

Fortsetzung folgt.

Schöffengericht.

Nächtlichen Radau sollen der Schleifer J., der Angestellte F. und der Schuhmacher N. im April d. Js. in der Hüxstraße durch Singen und Toben verübt haben. Als sie von Polizeibeamten vergeblich zur Ruhe ermahnt wurden und schließlich zur Wache gebracht werden sollten, haben sie nach der Zeugenaussage von 2 Polizeibeamten dieser Aufforderung nicht nur keine Folge geleistet, sondern den einen Beamten auch tätlich angegriffen. Alle drei Angeklagten hatten sich daher am Montag wegen ruhestörenden Lärms und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu verantworten. Die Angeklagten erklärten, daß der Lärm erst hauptsächlich entstanden sei, als einer der Polizeibeamten N. mit dem Säbel auf den Kopf geschlagen habe, daß dieser, blutig verletzt, zu Boden stürzte. Sie wollen nur die Aufforderung zur Ruhe seitens der Beamten gehört haben, nicht aber etwas davon, daß sie mit zur Wache gehen sollten. Der Wachtmeister, der N. mit dem Säbel geschlagen hat, bekundete als Zeuge, daß er sich in der Abwehr befunden habe, da er vorher angegriffen und vor die Brust gestoßen worden sei. Außerdem sollen die Beamten auch stark beschimpft worden sein. Das Urteil lautete wegen ruhestörenden Lärms auf je 30 Mark Geldstrafe. Wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt erhielten N. und F. je 200 Mark Geldstrafe, während J. mit 150 Mark davon kam. — Wegen Betruges erhielt der vorbestrafte Kaufmannslehrling St. 3 Monate Gefängnis. Er hatte sich von einem jungen Kameraden ein Fahrrad geliehen, dieses dann verkauft und den Erlös für sich verbraucht. — Gestohlenes Gut nicht sicher ruht. Die Witwe R. hatte von Verwandten Mantelstoff und einige andere Sachen von geringem Werte angeblich geschenkt erhalten. Sie will erst später erfahren haben, daß die Sachen gestohlen waren. Die Angeklagte, die vorbestraft ist, erhielt wegen Hehlerei 3 Monate Gefängnis. — Ein Schwindler. Der Kaufmann E. hat drei hiesige Geschäftsleute um 120 Mark betrogen. Angeblich wollte er mit dem Gelde einer Frau, die er hier in den Anlagen kennen gelernt hatte, aus der Not helfen. Das Urteil lautete wegen Betruges auf 1 Monat Gefängnis. — Einen schweren Einbruchsdiebstahl hat der Arbeiter K. gemeinsam mit einem Seemann in Reeke-Niendorf verübt, wobei ihnen Lebensmittel und wertvolle Silbersachen in die Hände fielen. Als sie mit der Beute nach Lübeck ziehen wollten und an Hohenstiege vorbeikamen, wurde dort ein zweiter Einbruchsdiebstahl ausgeführt. Von diesem Diebstahl will K. weder Kenntnis besitzen, noch daran beteiligt gewesen sein. Er gab aber zu, daß er von der bei dem letzten Diebstahl erbeuteten Schokolade etwas erhalten hat. Der Angeklagte erhielt wegen Hehlerei und eines Einbruchsdiebstahls 7 Monate Gefängnis. — Ein nettes Pflänzchen. Die jugendliche Hausangestellte H. verübte bei dem Kaufmann B., wo sie in Stellung war, mehrere Diebstähle. Sie ist geständig, nicht nur Wäsche, Kleidungsstücke und Schuhe, sondern auch einen Tausendmarkschein entwendet zu haben. Doch will sie den Koffer, in dem die meisten gestohlenen Sachen aufbewahrt wurden, nicht mit einem Dietrich geöffnet, sondern unverschlossen vorgefunden haben. Zeugen bekundeten dagegen, daß der Koffer verschlossen war. Außerdem hatte die Angeklagte sich auch wegen gewerbsmäßiger Unzucht zu verantworten. Wegen dieses Vergehens erhielt sie 4 Wochen Gefängnis und wegen fortgesetzten Diebstahls 10 Monate Gefängnis.

•

pb. **Festgenommen** wurde ein Koch aus Mietau, der sich unter falschem Namen bei einem Landmann in Utecht vermietet und das ihm geschenkte Vertrauen dazu benutzt hatte, ein Fahrrad und diverse Wäsche zu stehlen, mit dem er das Weite suchte.

pb. **Unterschlagenes Sparkassenbuch.** Festgenommen wurde ein 21jähriger Arbeiter von hier, der einem in der Lindenstraße wohnhaften Arbeiter 3200 Mk. gestohlen hatte. Der Festgenommene hatte sich das Sparkassenbuch angeeignet, nach und nach das Geld abgehoben und für sich verbraucht.

pb. **Wegen Unterschlagung** von 16 300 Mk. wurde ein Schlachter aus Hamburg festgenommen, der von einem in Schwerin wohnhaften Schlachter die Summe erhalten hatte, um hier Vieh zu kaufen. Er hat dieses jedoch nicht getan, sondern das Geld zum großen Teil in leichtsinniger Weise für sich verausgabt.

pb. **Diebstahl.** Aus einer auf Marli belegenen Gartenbude wurden mittels Einbruches eine Standuhr aus Goldbronce, zwei Damasttischdecken, 2 Fach Gardinen, 2 Bilder mit breiten Goldrahmen gestohlen.

Badeanstalt Falkendamm. Wasserwärme am 14. Juni morgens 6 Uhr 16°, mittags 12 Uhr 16° Celsius.

Hansa-Theater. Die Direktion hat sich entschlossen, die lustige Operette „Der verjüngte Adolar" des enormen Erfolges und des sich täglich steigenden Besuches wegen vorläufig auf dem Spielplan zu lassen. Es versäume daher niemand, ein Paar ungetrübte Stunden im Hansatheater zu verleben.

•

Rückniß. Der bedauerliche Unglücksfall in Rückniß, dem der Knabe Fleischer zum Opfer fiel, hat sich zu einem unerquicklichen Streitfalle ausgedehnt. Wir haben die Beschuldigungen, die von der betroffenen Seite gegen die mitbadenden Kinder und gegen Erwachsene ausgesprochen wurden, nur andeutungsweise wiedergegeben und jede bestimmte Zuschiebung der Schuld abgelehnt, denn die Folgen einer derartigen persönlichen Auseinandersetzung in der Zeitung waren vorauszusehen und sind auch eingetroffen. Klarheit wird dadurch nicht geschaffen. Wir wollen heute aus einem längeren Artikel des beschuldigten Pumpenmeisters nur entnehmen, daß dieser die Behauptung entschieden in Abrede stellt, mehrere Erwachsene hätten dem Drama ruhig zugesehen, aber zur Rettung des Knaben Fleischer keine Anstalten getroffen. Im Gegenteil habe er, Schmidt, zufällig gesehen, wie ein anderer Knabe den Kameraden retten wollte und wie beide dann untersanken. Der Pumpenwärter schildert dann weiter, wie er selbst ein Boot zur Rettung freizumachen versuchte, was aber nicht gleich gelang, weil dieses auf Anordnung des Hafenmeisters zu stark festgemacht war. Außerdem hätten auch die Ruder gefehlt. Alles hätte sich in kurzer Zeit abgespielt, und als weitere Arbeiter herbeieilten und mit dem Boot hinausfuhren, sei das Unglück bereits geschehen gewesen. Die erwachsenen Leute hätten nicht gebadet oder zugeschaut, sondern seien erst nachher hinzugekommen. — Zu bedauern ist, daß in der Nähe von Badestellen kein Ruderboot zur sofortigen Verfügung bereitliegt.

Angrenzende Gebiete.

j. **Mölln i. L.** Der sozialdemokratische Verein und das Gewerkschaftskartell hatten am Montag eine Versammlung einberufen, die in Mahns Gasthof stattfand, um gegen den Milchwucher Stellung zu nehmen. Genosse John aus Lübeck besprach besonders die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Milchproduktion und zeigte an Zahlen, von welch gewaltiger Bedeutung die Milchwirtschaft für die gesamte Volkswirtschaft ist und welch ungeheure Summen der notleidenden Bevölkerung durch den Milchwucher abgepreßt werden. Die ersten Tage der Freigabe der Milchwirtschaft haben gezeigt, in wie großem Umfange Molkereiprodukte vorhanden waren. In der Aussprache machte ein Vertreter der USP. den Vorschlag, einen Käuferstreik einzuleiten. Unser Genosse Wegner glaubte aber, daß dieses nicht der rechte Weg sei und empfahl einen moralischen Druck auf den Molkereibesitzer Evers auszuüben. Genosse John unterstützte in seinem Schlußwort diese Anregung und teilte mit, daß in Ratzeburg schon die Ankündigung der Protestversammlung genügt habe, um den Milchpreis auf 1,80 Mk. pro Liter herabzusetzen. Es wurde dann eine Kommission gewählt, die den Auftrag bekamen, geeignete Schritte für Herabsetzung der Milchpreise sofort einzuleiten.

Harburg. Vatermord. Sonntag nacht wurde der Schlachtermeister Peters von seinem 17jährigen Sohn durch einen Revolverschuß getötet. Der Täter ist flüchtig. Das Motiv der Tat ist auf Streitigkeiten zwischen Vater und Sohn zurückzuführen.

Segeberg. Ein Kampf zwischen einer Glucke und einer großen Ratte, in dem die Glucke Siegerin blieb, spielte sich in Gleschendorf ab. Der Gemeindevorsteher Henk hatte eine Glucke mit 11 Küken unter einem Drahtkäfig in seinem Garten stehen. Durch das ängstliche Piepen der Küken aufmerksam gemacht, eilte Frau Henk herbei und sah nun, wie die Glucke am Kamm stark blutete und am Boden eine tote Ratte von der Größe einer kleinen Katze lag. Die Ratte hatte sich unter dem Drahtgestell einen Gang gegraben und war so in den Käfig gelangt, um einige Küken zu rauben. Die Glucke setzte sich aber zur Wehr und erlitt in dem sich nun entspinnenden Kampf zwar selbst Verletzungen durch Bisse der Ratte, ließ aber trotzdem nicht von ihrer Gegnerin ab, bis sie sie durch Schnabelhiebe auf den Kopf tot zu Boden gestreckt hatte. Wie heftig der Kampf gewesen sein muß, ersieht man daraus, daß die Küken alle Blutspritzer erhalten hatten.

Kiel. Ueber die Errichtung eines Fernheizwerks für städtische Gebäude wurden den städtischen Kollegien mehrere Vertragsentwürfe unterbreitet. Die Hamburger Heizungsfirma Otto Meyer will im Anschluß an das Elektrizitätswerk ein Fernheizwerk errichten und mindestens 20 Jahre im Betrieb erhalten. Die Kosten betragen 2,6 Millionen Mark. Erd-, Kanal- und Pflasterungsarbeiten übernimmt die Stadt, doch zahlt die Firma jährlich 10 Prozent der Herstellungskosten. Die städtischen Gebäude erhalten den betriebsfertigen Anschluß einschl. der erforderlichen Wärmeaustausch- und Meßapparate kostenlos geliefert. Die Stadt verpflichtet sich, die im Vertrage näher bezeichneten Gebäude an das Fernheizwerk anschließen und die für die Beheizung dieser Gebäude erforderliche Wärme während der Vertragsdauer ausschließlich vom Fernheizwerk zu beziehen. Durch die Errichtung des Fernheizwerkes werden für die Allgemeinheit etwa 2500 bis 3500 Tonnen Brennstoff erspart und ferner wird Arbeit geschaffen, von der in Kiel etwa 1 000 000 Mark allein an Arbeitslöhnen bleiben.

Schwerin. Die Preise für Milch und Butter. Die Notierungskommission der Butterpreise der milchwirtschaftlichen Zentralstelle für Mecklenburg-Schwerin hat folgende, ab heute gültigen Milch- und Butterpreise festgestellt: 1. Erzeugerpreis für Ia. Tafelbutter ab Station der betreffenden Molkerei 19 Mark das Pfund. 2. Kleinhandelspreis für Ia. Tafelbutter, Pfund 21—22 Mark. 3. Preise für freie Vollmilch für kleine Städte 2,20 Mark per Liter, für mittlere Städte 2,40 Mark für das Liter und für Großstädte 2,50 Mark für das Liter. 4. Die Preise für Mager- und Buttermilch sind folgende: Für Kleinstädte 1 Mark, für mittlere Städte 1,10 Mark und für Großstädte 1,20 Mark.

Gewerkschaftsbewegung.

Der monarchistische DHV. Am 6. März 1921 weihte der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (DHV.) ein Kurhaus in Friedrichsbrunn ein. Seine Zeitschrift „Deutsche Handelswacht" berichtet darüber in Nr. 21 vom 8. Juni 1921:

„Kollege Tarnowski . . . weihte das Haus den Manen des Gründers von Friedrichsbrunn, Friedrich dem Großen, und dem Andenken der Frau, der der Erbauer des Kurhauses einen schlichten Gedenkstein gesetzt hat: der Königin Luise. Dann brauste das Lied der Deutschen durch den Saal. Nachdem die aufpeitschenden Klänge des Hohenfriedberger Marsches verklungen waren, ergriff unser Reichstagsabgeordneter, Kollege Lambach, das Wort: „Wir haben Mut und Treue bewahrt, als alles versank. Wir haben im Geiste des großen Gründers von Friedrichsbrunn gehandelt."

Eine fürchterliche monarchistische Siedehitze spricht aus diesen Reden. Und einem solchen kaiser- und königstreuen Gebilde sollten republikanisch, sozialistisch und demokratisch denkende Angestellte, Arbeiter und Beamte ihre Kinder anvertrauen? Diese Auslassung eines Führers des DHV. läßt es begreiflich erscheinen, daß die genannte Zeitschrift in ihrer Nr. 20 vom 1. Juni 19921 zum Bezug durch ihre Buchhandlung anzeigt: „Die Krone", Zeitschrift zur Pflege des monarchischen Gedankens. Herausgeber: Dr. E. Wachter. — Wodurch der DHV. für jeden denkenden Menschen seinem monarchistisch-nationalistischen Gebaren allerdings die Krone aufsetzt.

12. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Müller-Halle führte aus, er wolle nicht versuchen, für sich in Anspruch zu nehmen, das allein seligmachende Rezept in der Tasche zu haben. Bitte, Tarnow, zu beweisen, daß tatsächlich eine gewerkschaftszerstörende Arbeit der Kommunisten festgestellt werden kann. Auch die Arbeit der drei ausgeschlossenen Mitglieder (Lieske, Schnetter u. a.) sei nicht gewerkschaftsfeindlich gewesen. Wir glauben nicht daran, daß es anders möglich ist, mit den Unternehmern fertig zu werden, als dadurch, daß man der Gewalt Gewalt entgegensetzt. Das Unternehmertum lasse sich die Produktionsmittel nicht abschwatzen. Es werde immer das Proletariat betrügen. Deshalb: die Gewerkschaften sollen nicht werden die Prostituierten der Unternehmerorganisationen. Wir sollen uns zu schade fühlen, den Versuch zu machen, mit den Unternehmern gemeinsam den Sozialismus aufzurichten. Deshalb seien die Arbeitsgemeinschaften zu verurteilen. Im A. D. G. B. sind acht Millionen organisierte Arbeiter. Wenn diese Macht angewendet werde, werde das Unternehmertum sich dagegen nicht mehr helfen können. Die deutsche Arbeiterschaft wäre auch wirtschaftlich schon in der Lage, den ganzen Wirtschaftsprozeß zu regulieren und weiter zu bringen. Außerdem erstrebe der Kommunismus die gleichen Aktionen auch in den andern Ländern.

Stöver-Düsseldorf führte aus: Tarnow habe mit Recht gesagt, daß durch die jetzige Zersplitterung der Arbeiterbewegung der Weg zum Ziel, zum Sozialismus, erschwert werde, aber Tarnow hätte doch vorurteilsloser an die Bestrebungen der Kommunisten herantreten müssen. Deutschland sei in einem Zeitraum von 30—40 Jahren vom Agrarstaat zum großen imperialistischen Wirtschaftsstaat emporgestiegen, da hätte mit dieser Entwickelung nicht Schritt halten können auch die geistige und politische Schulung einfach aller Schichten. So seien die bizarren Gedankengänge mancher Kommunisten zu erklären. Es sind vielfach junge unaufgeklärte Leute, denen man aber deshalb kaum so entgegentreten dürfe, wie Tarnow in seinem Referat und seiner Resolution es tue. Die deutschen Gewerkschaften könnten sich jedoch nicht zwingen lassen, die seinerzeit vielleicht einmal, und vielleicht auch nur theoretisch, notwendig gewesene russische Gewerkschaftstaktik zu übernehmen. Redner legte dann dar, daß es sich, im Gegensatz zu Tarnows Ausführungen, in Rußland zwar um eine sozialistische Herrschaftsform, aber noch nicht um eine sozialistische Wirtschaftsform handele. Halte man dies auseinander, so könne man Maßnahmen, wie Aufhebung des Streikrechts, des Achtstundentages usw. verstehen. (Starker Widerspruch.) Es sei kein Weg, die Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiter aufrecht zu erhalten, wie man sie zugleich beleidige und beschmutze, wie dies von kommunistischer Seite geschehe. — Der Redner erklärt (als Unabhängiger) seine Partei als grundsätzlichen Gegner der Zellenbildung. Aber diese sei kein Spezifikum der Kommunisten, sondern ein Verfahren auch der Rechtssozialisten. (Lebhafter Widerspruch.)

In der weiteren Diskussion verwarfen noch Horn und Meier-Berlin sowie Freiberger-München die Arbeitsgemeinschaften und plädierten in der kommunistischen Frage insbesondere für Duldsamkeit. Demgegenüber wurde von Diebler-Freiberg, Kunike-Breslau, Kellermann-Stuttgart, Schlüter-Bremerhaven, Wendler-Köln der Standpunkt vertreten, der Verband sei mit dieser Duldsamkeit bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Insbesondere wurde auch gegen die USPD.-Redner ausgeführt, daß sie die Gebrutshelfer der kommunistischen Zellenarbeit gewesen seien und nun auf die Trümmer ihrer eigenen Bewegung, aber auch auf Trümmer der Gesamtarbeiter-Bewegung, soweit sie vorhanden, das Wort: „Meine Schuld, meine größte Schuld" schreiben sollten. — In der Frage der Organisationsform besprachen vereinzelte Redner befürwortend die Tendenz zur Herausbildung größerer Gebilde (Industrieorganisationen, Arbeitnehmerverband.)

Nachdem ein Schlußantrag angenommen, erhielt noch Graßmann (Vertreter des Gewerkschaftsbundes) das Wort und nahm den Sekretär Schulze (A. D. G. B.) wegen seines Verhaltens in Halle in Schutz. Sch. habe dort der Ortsverwaltung die Frage vorgelegt, ob sie noch auf dem Boden der Beschlüsse der deutschen Gewerkschaftskongresse und der Amsterdamer Internationale stünden und bereit seien, demgemäß zu handeln. Mehr nicht. — Zur Organisationsform: Es wäre töricht, die Tendenz zu verkennen oder ihr zuwiderzuhandeln, die auf die Schaffung großer leistungsfähiger Industrieverbände hinauslaufe, diese Frage sei aber so schwierig, daß ihre Lösung nicht übers Knie gebrochen und in der nächsten Zeit kaum, wenigstens nicht abschließend, zu erreichen sei. Die Arbeitsgemeinschaften seien nicht der Weisheit letzter Schluß, seien nicht das Mittel, sondern eines der vielen Mittel, der wir uns bedienen, solange sie uns gewerkschaftliche Erfolge versprechen. Das sei vorläufig noch der Fall. Zum Schluß wies Graßmann auf die Gefährlichkeit des Experimentierens in kommunistischem Sinne hin. In bezug auf das Endziel gehe es Meinungsverschiedenheiten zwischen den drei Farbenrichtungen nicht. Unterschiede bestehen nur hinsichtlich der Schnelligkeit und der Methode, mit der es zu erreichen ist. Der Redner zeigt, was in der Beziehung an Rußland zu lernen sei. Möge die notwendige Einigkeit erreicht werden, ehe uns unser wirtschaftlicher Feind durch starke Nackenschläge wieder zusammenschweißt. (Lebhafter Beifall.) Im Schlußwort beschäftigte Tarnow sich eingehend mit den Auffassungen der Debatteopposition und betonte, daß der Vorstand die nun zu fassenden Beschlüsse des Verbandstages in dieser Frage strikte handhaben werde. —

Die Resolution Tarnow wurde angenommen, die Abschnitte 1 und 4 gegen eine Stimme, Abschnitt 3 mit großer Mehrheit, Abschnitt 2 in namentlicher Abstimmung mit 233 gegen 77 Stimmen.

Sport.

Liga A. T. V. und Liga Kiel-Ellerbeck 3:3 (2:0). Wie vorausgesehen, machten die Gäste alle Anstrengungen, um ehrenvoll abzuschneiden gegen den Hamburger Gruppenmeister. Die Turner mit Wind als Bundesgenossen bedrängen heftig der Gäste Tor, doch der Torwächter weiß sein Heiligtum zu schützen vereitelt alle Versuche. Hier kämpften zwei vollwertige Gegner, das war der allgemeine Eindruck nach 5 Minuten schon. Trotz des Windes statteten auch die Gäste dem Tor der Turner einige kurze Besuche ab. Doch bald wird die Spannung gelöst: Strafstoß für A. T. V. Mit wuchtigem Schlag jagt Mucke das Leder in Kiels Tor, unhaltbar für den Torwächter. In schnellen Angriffen gehts nun bald vor Kiels, bald vor Lübecks Tor, bis endlich durch Eckball von Seifert Nr. 2 kurz vor Halbzeit fällt. Nach Seitenwechsel ist Kiel sofort im Angriff und schon nach einigen Minuten erzielt Kiel durch Langschuß das erste Tor, zum größten Erstaunen Heitmanns, der sich verschätzt hatte. Durch eine kleine Sünde des linken Verteidigers vermögen die Gäste dann bald gleichzuziehen. Verschiedentlich wurde dieses zweite Kieler Tor angezweifelt; aber der Schiedsrichter ließ es zu recht bestehn. In der Folgezeit saust Schuß auf Schuß auf Kiels Tor, doch der Torwächter ist auf der Hut; endlich, endlich wird die Spannung nochmals gelöst, das dritte Tor ist da und A. T. V. führt wieder. Doch lange sollte die Freude nicht dauern, denn Kiel zieht kurz darauf wieder gleich. Von den Gästen leistete besonders der Torwächter Ausgezeichnetes.

A. T. V. II besiegte Wandsbek I leicht mit 3:0. Besonders erfreulich war bei der zweiten Elf Schußfreudigkeit und Zuspiel, das man solange bei ihr vermißte. Popp und Nagorsky waren gut, der neue Mittelstürmer auch, alle übrigen taten ihr bestes. Mit etwas mehr Schnelligkeit hätte Wandsbek mehr erreichen können. A. T. V. IV—Wandsbek II 1:1. A. T. V. V—Wandsbek III 1:1.

G. S.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Die Nordische Woche und der Friede. Im September werden wir Lübecker und wir Deutschen mit Geschäftsleuten, Gelehrten und Künstlern der nordischen Länder in persönlichen Verkehr treten, um die durch den Krieg zerrissenen Fäden wieder anzuknüpfen. Soll dieser Wiederaufbau einen Sinn haben, so müssen wir Vorsorge treffen, daß er nicht nach zwanzig oder gar schon nach zehn Jahren wieder zertrümmert wird. Diese Gefahr besteht in der Tat. Der Entwaffnung Deutschlands ist die Entwaffnung der andern Länder Europas noch nicht gefolgt, und in Amerika wird die Kriegsrüstung mit einem Eifer betrieben wie in Europa zur Zeit vor dem Kriege. Wir Deutschen haben vor der Welt das Odium auf uns nehmen müssen, den Krieg geschürt und angestiftet zu haben. Auch in den nordischen Ländern bestehen in weiten Kreisen diese uns ungünstigen Anschauungen. Die „Nordische Woche" bietet nun eine vorzügliche Gelegenheit, unsere friedlichen Bestrebungen und unser Interesse an der Erhaltung des Friedens zum Ausdruck zu bringen. Aus diesem Grunde sollte in dem Programm der „Nordischen Woche" eine wuchtige Kundgebung für den Weltfrieden vorgesehen werden. Wir sollten unsere Gäste davon überzeugen, daß unsere Vaterlandsliebe nichts zu tun hat mit Verachtung und Unterdrückung anderer Nationen, daß wir Vorkämpfer sind für wahres Christentum und echte Humanität, daß wir den freien Weltverkehr pflegen und fördern und unsern Anteil davon genießen wollen, daß wir einen geistigen Kampf führen gegen alles, was diesen Zielen entgegen arbeitet. Dieses gemeinsame Interesse aller Nationen sollte auf der „Nordischen Woche" zu einem unzweideutigen Ausdruck kommen!

Wilh. Möller, Hamburg.

Geschäftliches.

Echte Walthorius Pepsong-Essenz (Destillat), ein beliebtes Hausmittel für Verdauung, Vernichtung von Krankheitserregern durch Beimischung zum Trinkwasser, als wohltuendes, erfrischendes und stärkendes Getränk, als Desinfektor der Mundhöhle, kann innerlich und äußerlich angewandt werden, lindert nervöse Kopf- und Magenschmerzen, Asthmabeschwerden, Halsschmerzen usw. — Das Laboratorium E. Walther, Halle a. S.-Ihrota bietet seit vielen Jahren dieses Destillat in extrastarker Qualität zu ermäßigten Preisen an. Näheres Anzeige in dieser Nummer. Prospekt kostenlos.